Mittwoch, den 26. März 1930 | Einzelnummer 10 Pfennige | 41. Jahrgang – Nr. 72

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Geschäftsstellen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße 5 und Friedrichstraße 105, Matthiasstraße 155, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmk. + 8 Pf Trägerlohn = 0,50 Rmk., monatlich 1,75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2,10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,46 Rmk

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738
Postscheck-Konto Postscheck-Amt Breslau Nr 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf Familienanzeigen, Stellenangebote Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen das Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Die Finanzverhandlungen wieder gescheitert

Die alte Kluft besteht weiter

Berlin, 26. März. (Eigener Funkbericht.)

Die am Dienstag abend um 9 Uhr in der Reichskanzlei, unter dem Vorsitz des Reichskanzlers, begonnenen Besprechungen der Parteiführer über die Finanzprobleme wurden um 12,30 Uhr nachts beendet. **Eine Verständigung wurde nicht erzielt.** Es scheint überhaupt, daß die eigentliche Entscheidung nicht bei den Beratungen der Parteiführer und der Fraktionen, sondern erst bei der Beratung der Regierungsvorlagen im Plenum des Reichstages fallen wird.

Im Laufe des Tages dürften sich zunächst die Fraktionen der Regierungsparteien nochmals mit den umstrittenen Fragen beschäftigen. Nachmittags um 4 Uhr sollen dann unter dem Vorsitz des Reichskanzlers die Besprechungen der Parteiführer mit Finanzsachverständigen wieder aufgenommen werden.

Ein neuer unmöglicher Vorschlag

Berlin, 25. März. (Eigener Bericht.)

Am Dienstag begannen unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer Besprechungen der Regierungsparteien über die Finanzfragen. Gegenstand der Verhandlungen bilden drei Fragenkomplexe: die Arbeitslosenversicherung, **die Ausgabenbeschränkung** und die Steuersenkungen für das Jahr 1931 und die Steuererhöhungen zum Ausgleich des Etats für das Jahr 1930.

Die Verhandlungen wurden eingeleitet mit der Erörterung des nachstehenden Vorschlags über die Arbeitslosenversicherung:

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wird nach Maßgabe der folgenden Richtlinien geändert:

1. Kann der Bedarf der Reichsanstalt aus den Beiträgen und aus dem Notstock nicht völlig gedeckt werden, obwohl der Beitrag rechtzeitig einheitlich für das Reichsgebiet festgesetzt ist, so gewährt das Reich Zuschüsse, deren Höhe alljährlich im Reichshaushalt festgesetzt wird.

2. Der Reichszuschuß für das Rechnungsjahr 1930 beträgt 250 Millionen Reichsmark.

3. Um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt herbeizuführen, hat der Vorstand der Reichsanstalt die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Er kann dabei auch von den Vorschriften des Gesetzes abweichen, darf jedoch eine allgemeine Herabsetzung oder Verkürzung der Leistungen nicht vornehmen. Insoweit diese Maßnahmen nicht ausreichen, um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen, kann der Vorstand die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöhen.

4. Zu einem solchen Beschluß des Vorstands ist die Mehrheit der Stimmen der Vertreter sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer erforderlich, die dem Vorstand angehören. Die Vertreter der öffentlichen Körperschaften wirken bei der Beschlußfassung nicht mit.

5. Beschließt der Vorstand innerhalb einer Frist, die die Reichsregierung bestimmt, die notwendigen Maßnahmen oder Beitragserhöhungen nicht, so hat die Reichsregierung anstelle des Vorstandes darüber Beschluß zu fassen.

Von den Vertretern der Sozialdemokratie wurde dieser Vorschlag abgelehnt. Sie erklärten, sie müßten in ihm einen alten Antrag der Deutschen Volkspartei erblicken, der bereits in früheren Verhandlungen von der Sozialdemokratie als unmöglich bezeichnet worden sei. Er beschränke die Darlehnspflicht des Reiches für die Arbeitslosenversicherung und bezwecke bei ungenügenden Einnahmen der Versicherung den Abbau der Leistungen. Die Sozialdemokratie betrachte die Vorlage der Reichsregierung vom 5. März zur Arbeitslosenversicherung, der der Reichsrat inzwischen zugestimmt habe, als eine geeignete Grundlage für die Verständigung der Parteien. Dieser Vorschlag sieht neben einem festen Reichszuschuß für 1930 in Höhe von insgesamt 200 Millionen (150 Millionen aus dem Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien und 50 Millionen aus der Industriebelastung) erhöhte Beitragseinnahmen bis zu 4 Prozent vor, durch die der Etat der Reichsanstalt in der Höhe von 1929 gesichert ist.

Nachmittags befaßten sich die Unterhändler der Regierungsparteien mit der Ausgabenbeschränkung und der Steuersenkung. Auch hier bestehen zwischen den Regierungsparteien, insbesondere der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei sehr weitgehende Meinungsverschiedenheiten, deren Ueberbrückung nicht leicht ist, weil die Deutsche Volkspartei auf der Festlegung von umfangreichen Steuersenkungen bereits in diesem Augenblick durch Spezialgesetze besteht.

Abends treten die Fraktionen der Regierungsparteien zu Einzelberatungen zusammen.

Die Reichsbahn drosselt die Konjunktur

Sie will ihre Bauarbeiten weitgehend einstellen und Arbeiter entlassen

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft hielt am Montag und Dienstag in Berlin eine Tagung ab. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Frage der Tariferhöhung. Ueber den Verlauf der Verhandlungen wird eine Verlautbarung verbreitet, in der es u. a. wie folgt heißt:

„Durch die schlechte Verkehrsentwicklung des Jahres 1930 ist die finanzielle Lage der Reichsbahn immer schwieriger geworden. Bis zum 23. März blieben die Einnahmen um über 90 Millionen Mark gegen die an sich schon niedrigen entsprechenden Einnahmen des Vorjahres zurück. Der Verwaltungsrat gab in Anbetracht dieser Lage im Interesse einer weiteren gesunden Wirtschaftsführung der Reichsbahn seine Zustimmung zu einem sofort durchzuführenden Einschränkungsprogramm, trotz schwerer Bedenken wegen der Auswirkung auf die allgemeine Wirtschaft. Durch Herabsetzung der Tagewerke des Personals, Entlassung von Arbeitern und durch Unterlassung nötiger Arbeiten an Bauten und Fahrzeugen müssen solange weiter entsprechende Einsparungen vorgenommen werden, bis die Betriebseinnahmen wieder die notwendige Höhe erreicht haben. Die Mittel, die der Reichsbahn durch den Anschluß des Reiches an die Mobilisierungsanleihe zufließen sollen, können nicht für Ausgaben des laufenden Betriebes verwendet werden und entbinden die Verwaltung nicht von der Verpflichtung, für den Ausgleich der Betriebsrechnung durch Erhöhung der Einnahmen Sorge zu tragen."

Damit hat der Streit um die Tariferhöhung eine geradezu unerhörte Wendung genommen. Mit dem Beschluß des Verwaltungsrats soll zweifellos **auf die Regierung ein Druck ausgeübt werden**, damit sie ihre Zustimmung zu der geforderten Tariferhöhung gibt. Die Maßnahme des Verwaltungsrats ist um so unerhörter, als die Tariferhöhung in der Finanzentwickelung bei der Reichsbahngesellschaft nicht begründet ist und weil die geforderte Tariferhöhung jeder positiven Konjunkturpolitik widerspricht. Man hat es immer als Vorzug gerühmt, daß in der Person Dorpmüllers ein Mann an die Spitze des größten deutschen Wirtschaftsunternehmens gelangte, der Wirtschafter und Techniker und kein Jurist ist. Der Wirtschafter und Techniker Dorpmüller treibt aber eine Tarifpolitik, die an Weltfremdheit wohl alles übertrifft, was Bürokratie sich in den letzten Jahren geleistet hat.

Ergebnislose Ministerwahl in Sachsen

Dresden, 25. März. (Eigener Drahtbericht.)

Die für Dienstag nachmittag im sächsischen Landtag angesetzte Wahl des Ministerpräsidenten verlief ergebnislos, da keiner der Kandidaten die nach der Verfassung erforderliche Mehrzahl der abgegebenen Stimmen erhielt. Von den 94 abgegebenen Stimmen entfielen 44 auf den Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Parteien Schieck, 32 auf den Sozialdemokraten Fleißner und 5 auf den Demokraten Dr. Külz.

Im weiteren Verlauf seiner Beratungen beschäftigte sich der Landtag mit einem kommunistischen Auflösungsantrag. Abg. Böchel (Soz.) führte dazu aus, die Auflösung stehe am Ende, wenn keine neue Regierungsbildung zustandekomme. In der gegenwärtigen Situation aber würde die Sozialdemokratie nicht dafür stimmen. Sie würde sich die Geschichte aber lange nicht ansehen. — Eine Abstimmung über den Auflösungsantrag fand nicht statt, da nach der Geschäftsordnung vorher noch eine zweite Beratung stattfinden muß.

Die Solinger Oberbürgermeisterwahl

Solingen, 25. März. (Eigener Bericht.)

In der Dienstagsitzung der Solinger Stadtverordnetenversammlung wurde der Kommunist Weber wiederum mit 26 gegen 21 Stimmen zum Oberbürgermeister von Solingen gewählt. Auch bei dieser zweiten Wahl stimmte die SPD. für Weber, weil die bürgerlichen Parteien jede Verständigung über die Wahl eines Sozialdemokraten zum Oberbürgermeister unmöglich machten.

* * *

Es ist ganz selbstverständlich, daß auch die zweite Wahl Webers nicht bestätigt wird. Vielmehr ist der preußischen Staatsregierung durch diese Wahl auf Grund der rheinischen Städteordnung jetzt die Möglichkeit gegeben, von sich aus auf 12 Jahre einen kommissarischen Oberbürgermeister zu ernennen und das kann u. E. nach der ganzen Sachlage nur ein Sozialdemokrat sein.

50 Millionen verpulvert

Das Werk deutschnationaler Bankdirektoren.

Uns wird geschrieben:

Es war im Januar 1925. Die Barmathetze raste. Die bloße Tatsache, daß ein Staatsinstitut an einen Privatkonzern Kredite gegeben hatte, wurde von der Rechten und ihrer Pressemeute wie ein Verbrechen hingestellt, das berechtigte, jeden Politiker anzuspucken, der auch nur ganz von ferne etwas mit dieser Kredithergabe zu tun hatte.

Schon damals wiesen einsichtige Männer der Sozialdemokratie darauf hin, daß während des ganzen Jahres 1924 eine Kreditpsychose geherrscht hatte, aus der heraus Fälle wie Barmat oder Kutisker lediglich zu begreifen seien. Der plötzlichen Umstellung von der Inflation auf die Festmark war nicht im gleichen Tempo die innere Umstellung der Geschäftswelt gefolgt. Die „Sachwerte", dieser Fetisch der Inflationszeit, behaupteten noch lange ihre Herrschaft, als ihre Grundlage schon dahingeschwunden war, das Bargeld blieb noch lange Zeit verachtet und verdächtig; wollte doch selbst die Preußische Seehandlung im Jahre 1924 noch nicht an eine Dauer der Stabilisierung glauben.

Für die Allgemeinheit der Erscheinung einer falschen Kreditpolitik wurden Beispiele angeführt. So wies Ende Januar 1924 der Reichstagsabgeordnete, jetzige Reichskanzler Hermann Müller, in einer Rede zum Fall Barmat darauf hin, daß von der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse ein Bankinstitut (die Raiffeisenbank) etwa 140 Millionen Mark bekommen und anscheinend das Geld teilweise in Spekulationen angelegt habe, so habe die Raiffeisenbank auf das Berliner Hotel „Russischer Hof" das doch sicherlich nichts mit Genossenschaftszwecken zu tun habe, eine Hypothek von 3 Millionen Mark gegeben.

Prompt erfolgten die Dementis. Der Präsident Semper der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse ließ der Presse eine Erklärung zugehen, wonach die Preußen-Kredite an die Raiffeisenbank völlig in Ordnung seien. Dasselbe berichtete Herr Semper amtlich an den preußischen Finanzminister. Ebenso dementierte die Raiffeisenbank.

Hinter den Kulissen sah es freilich ganz anders aus: da fand eine Aufsichtsratssitzung der Raiffeisenbank — im gleichen Januar 1925 statt, in der der stolze Generaldirektor, der frühere deutschnationale Vizepräsident des Reichstages, Herr Geheimrat Dietrich, eine schmerzerfüllte Beichte ablegen mußte. Die Raiffeisenbank habe, so führte Dietrich aus, an einen russischen Abenteurer namens Uralzeff 10 Millionen Mark ausgeliehen, mit denen sie rettungslos festsitze. Sie habe sich auf eine Spekulation mit Aktien der Ostpreußischen Dampfwollwäscherei eingelassen, in diesem Geschäft seien mindestens 5 bis 6 Millionen Mark verloren. Der bereits verkrachte Spekulant Riebe, während der Inflationszeit „der kleine Stinnes" geheißen, schuldete der Bank 7,3 Millionen Mark usw. usw.

„Aber", so fuhr Herr Dietrich laut Protokoll fort, „ich bitte, über diese Ereignisse strengstes Stillschweigen zu bewahren. Die Barmat- und Kutisker-Angelegenheit beschatten die Oeffentlichkeit und wenn bekannt wird, daß die Raiffeisenbank, an deren Spitze die deutschnationalen Abgeordneten Dietrich und Seelmann als Direktoren stehen, sich in noch viel schlimmere Geschäfte eingelassen hat, so ist der Ruin da, der völlige Zusammenbruch, der das Ende der ganzen Raiffeisensache bedeuten kann. Darum nochmals: kein Wort in die Oeffentlichkeit.

Die Herren haben dichtgehalten. Sie hatten weiter das große Glück, daß ihre Geldgeberin, die Preußische Zentralgenossenschaftskasse, unter der Leitung des Präsidenten Semper stand, eines typischen altpreußischen Beamten, der vor einer Größe wie Geheimrat Dietrich nur ehrerbietig die Hacken zusammenklappte. Daher war es Herrn Dietrich leicht, Herrn Semper über den wahren Stand der Dinge monatelang hinwegzutäuschen. Denn was Dietrich sagte, war für Semper Evangelium, das berichtete Herr Semper als seine eigene Auffassung der Lage an den ihm vorgesetzten Finanzminister. Aber schließlich fand auch dieses Spiel einmal ein Ende, denn die Verluste der Raiffeisenbank wuchsen ins Ungeheure, und eines Tages war es so weit, daß den Herren das Geld ausging und sie untertänigst um einen Stützungskredit bei der Preußenkasse betteln mußten.

Es handelte sich nur um die Kleinigkeit von 24 Millionen Mark, die die Raiffeisenbank brauchte, um wieder flott zu werden. Selbstverständlich, daß der altpreußische Beamte Semper mit großzügiger Geste diese 24 Millionen hingab, ohne sich irgendwie über den Stand der Raiffeisenbank durch Revision oder Einsichtnahme in die Bücher zu überzeugen. Er tat es, wie er später vor dem Untersuchungsausschuß sagte, „um die Raiffeisenbank bei ihren sonstigen Gläubigern auszulösen und dadurch fest in die Hand zu bekommen". Da er sich aber außer ein paar vagen Redensarten des Herrn Dietrich keine effektiven Garantien geben ließ, so hatte er den Erfolg, daß die „ausgelöste" Raiffeisenbank neue Schulden aufnahm und sukzessive mit weiteren 9 Milli-

onen Mark flott gemacht werden mußte. Erst als man so nach und nach 31 Millionen Mark hingegeben hatte, kam Herr Semper, durch Mahnungen des Finanzministers Höpker-Aschoff aus seiner Lethargie aufgescheucht, endlich einmal auf die Idee, bei der Raiffeisenbank zu revidieren: und siehe, es fand sich eine finanzielle Zerrüttung, die alle Vorstellungen und Begriffe übersteig.

Nun suchte Herr Semper zu „sanieren". Zwei Jahre lang wurde mit der Raiffeisenbank wegen eines „Ueberbrückungskredits" verhandelt, der die Bank instandsetzen sollte, ihre Schulden bei der Preußenkasse abzuzahlen. Aber das war eitel Selbstbetrug. Dieser Ueberbrückungskredit sollte nämlich so niedrig verzinst werden, daß die Preußenkasse von der Raiffeisenbank nur erhielt, was sie ihr selbst an Zinsen schenkte. Herr Semper, dessen Fehler auf dem Gebiet der Genossenschaftspolitik weit über den Einzelfall Raiffeisen hinausgehen, wurde von dem Finanzminister verabschiedet und sein Nachfolger Klepper schritt in nüchterner Erkenntnis der Sachlage zur Liquidation der Raiffeisenbank, wobei sich nun freilich ein ungedeckter Schaden von 50 bis 60 Millionen Mark herausstellte, der zum größeren Teil auf den Staat zurückfiel.

Dies ist in kurzen Worten der Tatbestand, wie ihn der Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags in mehr als 30 Sitzungen festgestellt hat. Das Ergebnis war so niederschmetternd, daß auch die Deutsche Volkspartei den von dem sozialdemokratischen Berichterstatter Kuttner getroffenen Feststellungen zustimmen mußte. Die Vertreter der Wirtschaftspartei und der Christlich-nationalen Bauernpartei hatten es vorgezogen, da sie nicht offen gegen ihre Raiffeisenfreunde stimmen wollten, sich vor der Schlußabstimmung zu entfernen. So blieb als Schutzgilde der Herren Dietrich und Semper nur die deutschnationale Fraktion unter geistiger Führung des Chefredakteurs Baecker von der „Deutschen Tageszeitung" und des ostpreußischen Agrariers Schulze-Stapen. Herr Baecker suchte, was ihm an sachlicher Position fehlte, durch unfeine Advokatenraboliistik zu ersetzen, während Herr Schulze-Stapen von vornherein nur auf „mildernde Umstände" plädierte. Daß ein Teil der Rechten mit dem sozialdemokratischen Berichterstatter ging, ist wohl die beste Widerlegung der von den Deutschnationalen gegen die Berichterstattung gerichteten Angriffe. Bei ihrer gänzlichen Isolierung dürfte es für die Deutschnationalen auch kein Trost gewesen sein, daß sie bei der Schlußabstimmung die kommunistischen Hanswürste an ihrer Seite hatten.

Die Heuchelei der deutschnationalen Korruptionshetze ist durch diesen Ausschuß vor der ganzen Welt entlarvt worden. Die Meute, die damals gegen die Sozialdemokratie kläffte, hat durch den Raiffeisenausschuß eine moralische Stäupung erfahren, die nicht so bald vergessen werden wird.

Gegen die Lügen über die Gewerbesteuer

Und gegen die München gegen die Belastung des Mittelstandes

Auf der Tagesordnung der Dienstag-Sitzung des Preußischen Landtags stand die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Verlängerung der Gewerbesteuer für das Jahr 1930. Der Hauptausschuß hat die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer für 1930 und eine Höchstgrenze der Realsteuern für 1931 beschlossen.

Abg. **Becker-Wilmersdorf** (Komm.): Die Mehrbelastung der freien Berufe ist ein neuer Schlag gegen die Arbeiterklasse. (Inwiefern? Anm. der Red.)

Abg. **Hecken** (Dnat.): Wir fordern die sofortige Einführung des Verwaltungskostenbeitrages und machen davon unsere Zustimmung zum Gesetz abhängig.

Abg. **Neumann-Frohnau** (D.Vp.): Auch für uns ist die Kernfrage der Verwaltungskostenbeitrag, die allgemeine Bürgerabgabe. Landwirte, Handwerker und Gewerbetreibende und freie Berufe würden dabei viel besser zu ihrem Recht kommen als bei den Beschlüssen der jetzigen Mehrheit. Selbst die Beamten, die Nutznießer des Staates, sind für die Bürgerabgabe, weil sie die Notwendigkeit einer sparsamen Gemeindepolitik einsehen. Zentrum und Demokraten haben nur aus Rücksicht auf die Sozialdemokratie auf den von ihnen für notwendig gehaltenen Verwaltungskostenbeitrag verzichtet.

Abg. **Szillat** (Soz.):

Mit noch größerer Deutlichkeit als heute hier im Hause haben im Hauptausschuß die Vertreter der bürgerlichen Parteien erklärt, daß sie auf dem Verwaltungskostenbeitrag bestünden. Angeblich soll Preußen gezwungen sein, den sozial bitteren Weg zu gehen, auch den niedrigst entlohnten Arbeiter mit einer Kopfsteuer zu belegen. Diese Notwendigkeit soll aus der angeblichen Tatsache folgen, daß die große Masse der Arbeitnehmer zu den Lasten der Gemeinden nichts Wesentliches beiträgt. Demgegenüber habe ich bereits bei der ersten Lesung nachgewiesen, daß **die Klagen über die Gewerbesteuer maßlos übertrieben** werden. **Ich habe statistisch bewiesen, daß der weitaus größte Teil aller Gewerbebetriebe steuerfrei ist, und vom Rest wiederum der größte Teil nur die niedrigste Steuerstufe bezahlt.** (Hört, hört! bei den Soz.) Darauf haben im Hauptausschuß die angeblichen Vertreter des Mittelstandes erwidert, die Tatsache treffe zu, beweise aber nur die geringen Einkommensmöglichkeiten des Mittelstandes. Vergleichen wir also diese Einkommensmöglichkeiten des Mittelstandes mit denen der Arbeitermassen.

Wir haben in Preußen 517 585 Gewerbebetriebe, die nicht gewerbesteuerpflichtig sind, weil ihre Inhaber ein Einkommen von 1500 Mark nicht erreichen. Und wir haben in Preußen 10,3 Millionen Arbeitnehmer, die einkommensteuerfrei sind, weil sie 1200 Mark Einkommen nicht erreichen.

(Lebhaftes: Hört, hört! bei den Soz.) Deshalb wehren wir uns mit vollem Recht dagegen, den Arbeitnehmern neue Lasten aufzupacken, um die Gewerbesteuerpflichtigen zu entlasten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Trifft es denn nun zu, daß die Arbeitnehmer zu den Steuerlasten der Gemeinden verhältnismäßig wenig beitragen? Die Gewerbesteuer erbrachte in Preußen im Jahre 1928 465 Millionen, das sind 24,6 Prozent des Gesamtsteueraufkommens. Die Grundvermögenssteuer erbrachte 326 Millionen oder 17,1 Prozent. **Davon werden zwei Drittel oder 11,3 Prozent von den Arbeitnehmern getragen.** (Hört, Hört! bei den Soz.) Die Einkommensteuerüberweisungen der Gemeinden betrugen 334 Millionen = 17,5 Prozent des gesamten Steuereinkommens. Wiederum entfällt die Hälfte des Betrages auf die Lohnsteuer, auf die Arbeitnehmer. Die ständige Erhöhung der Gas- und Elektrizitätstarife in den Städten trifft die breiten Arbeitermassen sehr viel stärker, als jeden anderen Kreis der Bevölkerung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und wie steht es mit der angeblichen Ausgabefreudigkeit der Gemeinden? **Die bürgerlichen Parteien haben in mindestens 75 Prozent aller preußischen Gemeinden die überwältigende Mehrheit. Dort haben sie nicht den Mut, den Arbeitslosen den notwendigen Lebensunterhalt zu versagen.** Sie wollen sich deshalb hinter die Deckung von Landesgesetzen verkriechen. Wir lehnen es ab, ihnen dazu die Hand zu bieten. Ebenso müssen wir es ablehnen, von den Warenhäusern eine höhere Lohnsummensteuer zu erheben, wenn diese Maßnahme nicht gleichzeitig auf die Großkonzerne ausgedehnt wird. Diese Großkonzerne der Industrie verstehen es allerdings wunderbar, so zu bilanzieren, daß absolut kein Gewinn übrig bleibt. **Würden nach unserer Forderung die Steuerlisten offen gelegt, dann würde mit einem Schlage klar werden, für wen die Arbeitnehmer und ein großer Teil des Mittelstandes die Steuern aufbringen müssen.** Dann wäre die Aufhetzung des Mittelstandes gegen die Arbeitnehmer sofort aussichtslos, und der Mittelstand würde mit uns gegen die großen Kapitalsparteien kämpfen. (Sehr gut! bei den S[illegible]) Natürlich lehnen wir auch eine schärfere Besteuerung [illegible] Konsumvereine ab. Auf der anderen Seite können wir uns nic[illegible] die Gewerbesteuerfreiheit der Konsumvereine einsetzen; denn [illegible] können Steuern nicht mit den Kommunisten machen, sondern [illegible] mit den Parteien der politischen Interessengemeinschaft, [illegible] denen wir zusammenarbeiten. Der Einbeziehung der fr[illegible] Berufe in die Gewerbesteuer setzen wir weiteren Widerstand [illegible] entgegen. Einen Verwaltungskostenbeitrag sozi[illegible] Charakters einzuführen ist nach Lage der Reichsgesetzgebung [illegible] Ländern nicht möglich. **Den bisher vorgetragenen Kopfsteu[illegible] plänen wird sich die Sozialdemokratie mit allen parla[illegible] tarischen Mitteln widersetzen.** (Lebhafter Beifall bei den S[illegible])

Abg. **Riedel** (Dem.): Die Gewerbesteuer ist ungerecht [illegible] belastet eine Minderheit. Das Verlangen der Gewerbeste[illegible] pflichtigen, die freien Berufe zu den Lasten mit heranzuzie[illegible] erscheint uns durchaus berechtigt.

Abg. **Donners** (Wirtschp.) greift die Konsumvereine und [illegible] bürgerlichen Mittelparteien wegen ihrer Haltung zur Gewe[illegible] steuer an.

Abg. **Kölges** (Ztr.) begrüßt die Einbeziehung der fr[illegible] Berufe in die Gewerbesteuer als besonderen Erfolg der Mi[illegible] standsfreunde im Zentrum.

Abg. Dr. **Wester** (Ztr.): Die Einbeziehung der freien Be[illegible] in die Gewerbesteuer ist unsinnig, ungerecht und ein toddrohen[illegible] Schlag gegen alle akademischen Berufsstände. (Hu, hu! A[illegible] der Red.)

Damit schließt die Debatte. Die Abstimmung findet [illegible] Mittwoch statt. Es folgt die zweite Lesung des Justizeta[illegible] Staatsanwaltschaftsrat Dittmann beantwortet im Auftr[illegible] des Justizministeriums die Große Anfrage der Sozia[illegible] demokraten über die Ermordung des deutsch[illegible] Staatsangehörigen Leutner-Düsseldorf [illegible] Moskau. **Die Bemühungen um Aufklärung seien erfolg[illegible] geblieben.** (Hört, hört! bei den Soz.)

Stürmisches Gelächter in ganz Deutschland

Die Absicht Hitlers, unter der Mithilfe des Putschi[illegible] Frick die bayrische Staatsangehörigkeit zu erwerben, ber[illegible] wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erfah[illegible] haben will, vor allem auf der Absicht Hitlers, sich b[illegible] der nächsten Reichspräsidentenwahl als Ka[illegible] didat aufstellen zu lassen. Hitler habe inzwischen d[illegible] in der Verfassung vorgeschriebene 35. Lebensjahr vollendet, m[illegible] aber als Präsidentschaftskandidat die Reichsangehörigkeit besit[illegible]

Rauferei im Münchener Stadtrat

In der Dienstagsitzung des Münchener Stadtra[illegible] kam es zu einem von den Nationalsozialisten verursachte[illegible] Tumult und zu blutigen Prügelszenen.

Die Rauferei begann, als ein Kommunist rief: „D[illegible] Nazis sind der organisierte Arbeitermord [illegible] Sofort stürzten sich die Hakenkreuzler auf die Kommunisten u[illegible] auf einzelne Sozialdemokraten. Es wurde mit Fäusten und Stühl[illegible] gearbeitet. Im Nu war der gesamte Stadtrat in eine solid[illegible] Bierkeller-Rauferei verwickelt, bei der es blut[illegible] Gesichter gab. Der Oberbürgermeister schloß eilig die Sitzun[illegible]

Ein neuer Skandal in Berlin

Deutschnationaler Stadtrat der Hauptbeteiligte

Wenn man einem Teil der Berliner Morgenpresse Glauben schenken soll, so steht Berlin angeblich vor der Aufdeckung eines großen neuen Skandals, **in dessen Mittelpunkt der deutschnationale Stadtrat Zangenmeister,** der Stadtrat Busch und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens **stehen.** Der Skandal soll nach dem „Berliner Tageblatt" „ähnliche Ausmaße" haben, wie der Fall Sklarek. Allerdings —fügt das Blatt hinzu — „wird gesagt, daß die beteiligten Personen zum Teil im guten Glauben gehandelt haben."

Vor dem Skandal soll in erster Linie das Grundstücksdezernat der Stadt Berlin betroffen sein, und zwar waren die neuen Schiebungen hauptsächlich bei Grundstücksaufkäufen im Zentrum der Stadt für die Zwecke der Verkehrsgesellschaft zu verzeichnen. **Der deutschnationale Stadtrat Zangenmeister,** der von den Brüdern Sklarek mehrere tausend Mark für seine Partei kassiert hat, mit denen dann die Wahlpropaganda für das neue Stadtparlament betrieben wurde, überwachte und leitete teilweise die Grundstücksgeschäfte der Berliner Verkehrs-Gesellschaft. Zum anderen Teil wurden die Geschäfte von der „Berolina" besorgt, einem Unternehmen, das der Stadt Berlin gehört. Im einzelnen wird behauptet, daß insbesondere dem Geschäftsführer der „Berol[illegible]a", Golde, von einem amerikanischen Konsortium eine bedeutende Dollarsumme zugesichert worden sein soll, für den Fall, daß es ihm gelingen sollte, die Berliner Verkehrs-Gesellschaft von der Notwendigkeit der Pachtzeit eines Gebäudes am Alexanderplatz statt von 30 auf 50 Jahre zu überzeugen. Golde soll den Tatbestand bereit[illegible] protokollarisch zugegeben haben.

Das „Berliner Tageblatt" bemerkt dazu: „D[illegible] seltsame Art, in der das Alexanderplatz-Geschäft zustande ka[illegible] fällt dem Stadtrat Zangenmeister zur Last. Es wird wah[illegible] scheinlich auch die Verantwortung für einige dunkle Grundstück[illegible] geschäfte tragen, die im Rathaus-Viertel gemacht worden sin[illegible] Hier wird neben einigen bekannten Firmennamen auch der de[illegible] Bürgermeisters Schneider auftauchen.

Stadtrat Busch, der eigentliche Grundstücksdezernent, gegen den die Staatsanwaltschaft bereits e[illegible] Verfahren wegen passiver Bestechung eingeleit[illegible] hat, weilt immer noch in Lugano. Das Verfahren gegen ih[illegible] läuft bereits seit sechs Monaten. Wann Stadtrat Busch au[illegible] Lugano zurückkommt, ist noch ungewiß. Die Staatsanwaltschaf[illegible] erwartet seine Rückkehr in etwa 14 Tagen. Dieser Termi[illegible] dürfte mit dem zusammenfallen, den sich der Magistrat dazu ausersehen hat, den ganzen Skandal der Stadtverordnetenversamm[illegible] lung vorzutragen.

Von zuständiger Seite des Berliner Magistrats wird un[illegible] auf Anfrage mitgeteilt, daß die neuerdings wieder erörterte[illegible] Grundstücksverkäufe in Berlin an sich älteren Datums sind un[illegible] den Berliner Magistrat schon seit längerer Zeit beschäftigen. Zurzeit ist ein Unterausschuß des Magistrats dabei, die bei den Grundstücksverkäufen zu verzeichnenden Vorfälle im einzelnen zu klären. Nach Abschluß der Untersuchung dürfte die Oeffentlichkeit über das Ergebnis eingehend unterrichtet werden.

Der Unheimliche

The Sinister Man

von Edgar Wallace. — Uebertragen von Max E. Schirmer

78) [Nachdruck verboten]

XLIX.

Elsa wußte, daß sie ohnmächtig geworden war — sie wußte, daß etwas Schreckliches geschehen war, und sie stöhnte, als sie sich auf dem harten Bett bewegte. Sie stieß mit dem Ellbogen gegen die Wand, und der Schmerz brachte sie zur vollen Besinnung. Ihr Kopf schmerzte, und ihr Hals war wie zugeschnürt. Sie versuchte aufzustehen, doch gaben die Knie nach, und sie fiel auf das Bett zurück. Paul Amery war ein Gefangener, man wollte ihn töten und — er liebte sie!

Endlich vermochte sie sich aufzuraffen und sich zu vier kleinen Lichtpunkten zu schleppen, die sich als Löcher in der Tür erwiesen. Sie schaute durch diese Löcher in eine Art Küche. Ein Mann saß an einem Tisch, sein Kopf lag auf den Armen, und neben ihm stand ein leeres Glas und eine beinahe leere Flasche. Mr. Dame! — Jessies Vater.

Sie versuchte die Tür zu öffnen, aber sie war verschlossen. Doch war Hoffnung vorhanden, denn der Mann schlief, und wenn sie ein Mittel finden konnte, die Tür zu öffnen, dann mußte ihre Flucht gelingen. Sie hörte ihn schnarchen, und mit aller Gewalt drückte sie gegen die Tür, die aber kaum nachgab. Sie fühlte sich schwach, doch wenn sie auch bei vollen Kräften gewesen wäre, hätten diese kaum ausgereicht, um den Verschluß zu sprengen. Es blieb nichts anderes übrig, als zu warten. Aber während des Wartens marterten sie die Gedanken, was mit dem Manne geschehen war, in dessen Augen sie mehr Liebe und Zärtlichkeit gesehen hatte, als sie je zu sehen erwartete.

Der Gedanke trieb sie zum Wahnsinn. Abermals warf sie sich gegen die Tür, wurde jedoch unter Schmerzen zurückgeworfen. Plötzlich hörte sie Schritte auf dem Vorsaal, und ihr Herz schien zu stocken. Eine Stimme klang von der Treppe her, und dann trat wieder Ruhe ein. Nach einer Weile hörte sie den Eindringling wieder nach dem Vorsaal hinabsteigen, und eine Stimme rief:

„Vater?"

Es war Jessie Dame.

War es möglich, daß sie mit diesen schrecklichen Männern gemeinsame Sache machte?

„Vater bist du unten?"

Das Mädchen hatte anscheinend ein Licht gesehen, denn jetzt hörte Elsa, wie sie sich der Küche näherte.

„Vater, was ist los?"

„Jessie, um Himmels willen!"

Das leiste Flüstern erschreckte Jessie Dame so, daß sie zusammenfuhr.

„Wer ist das?" stöhnte sie.

„Ich bin es, — Elsa Marlowe!"

„Wo sind Sie? Sie haben mich so erschreckt", wimmerte das Mädchen.

„Machen Sie kein Geräusch! Ich bin hier."

„In der Vorratskammer?" fragte Jessie erstaunt.

„Bitte, lassen Sie mich hinaus!"

Jessie Dame bewegte sich bis zur Tür, indem sie ihre Augen auf den schlafenden Mann geheftet hielt.

„Das Vorlegeschloß ist zu — er muß den Schlüssel in der Tasche haben. Hat er Sie hier eingeschlossen? O Himmel, ich ahnte schon immer, daß etwas nicht richtig war!"

Sie versuchte, das Schloß loszureißen.

„Ich will gehen und meinen Schlüssel holen", flüsterte sie.

Sie schien eine Stunde fortgewesen zu sein, obgleich es nur wenige Minuten dauern konnte, bis sie zurückkam. Auf den Fußspitzen schlich sie sich an die Tür heran und versuchte einen Schlüssel nach dem anderen, bis sich endlich das rostige Schloß öffnete und Elsa wieder frei in die Küche trat. In demselben Augenblick grunzte Mr. Dame im Schlafe und bewegte sich.

„Schnell, schnell!" keuchte das Mädchen und zog ihre Freundin auf den Gang. „Er wird mich töten, wenn er herausfindet, was ich getan habe."

In dem Augenblick, als sie die Treppe hinaufstiegen, wachte der Mann auf. Er warf einen Blick auf die offene Tür und fuhr mit einem Schrei auf, der das Blut seiner Tochter zu Eis werden ließ. Er lief den Gang entlang und stieg die Treppe hinauf. Jessie versuchte das Schloß zur Eingangstür zu öffnen, aber ihre gelähmten Finger weigerten sich, ihr zu gehorchen. Elsa schob sie zur Seite. In demselben Augenblick, als Dames Kopf auf der Treppe erschien, öffnete sich die Tür, und die beiden Mädchen stürzten sich ins Freie und schlugen die Tür hinter sich zu.

Die Straße lag vollkommen im Dunkel. Nicht eine Seele war zu sehen, als sie der Hauptstraße zueilten. Dame verfolgte sie schwankend. Teils infolge seiner Trunkenheit und teils infolge seiner Furcht brüllte und schrie er fürchterlich wütend.

Elsa schaute sich beim Laufen um und bemerkte, daß sie allein war. Jessie Dame, welche die Gegend kannte, war, von ihrem Vater unbemerkt, in eine Seitenstraße gelaufen. Der Mann schien sich von seiner Benommenheit zu erholen, denn er kam ihr immer näher.

Plötzlich, als das Mädchen glaubte, daß ihre Kräfte schwinden würden, sah sie eine erlösende Erscheinung. Im Straßenlicht erschien auf der Straße eine Reihe uniformierter Männer. Die Nachtmannschaften kehrten vom Dienst zurück.

Sie lief stracks in ihre Reihen hinein, und ein dicker Polizist fing sie in seinen Armen auf, als sie ohnmächtig zusammensank. Die Nacht und der Schrecken verschwanden in der Ohnmacht, aus der sie erst erwachte, als die Morgensonne das Hospitalbett beschien, in dem sie lag.

L.

Um elf Uhr am nächsten Morgen betrat Inspektor Bickerson das Büro seines Kommissars und sank ermüdet auf einen Stuhl. Wille schaute unter seinen buschigen Augenbrauen hervor und fragte:

„Nun?"

„Sie haben es gut, Kommissar", sagte Bickerson ärgerlich, „für mich aber war es schrecklich. Infolge der Aussagen dieses wahnsinnigen Mädchens und der irren Räubergeschichten über Soyoka habe ich seit fünf Uhr morgens keinen Augenblick zum Sitzen gehabt! Sie haben mir telephoniert, daß das Mädchen ziemlich bestimmt ausgesagt hat, Amery würde in Dames Hause festgehalten, wenn er nicht schon tot wäre. Entweder ist sie verrückt, oder sie träumt. Ich war vor acht Uhr bei Dame. Anscheinend hatte er viel getrunken, denn er war noch nicht nüchtern. Ich war auch in der Garage und wurde selbstverständlich argwöhnisch, als ich in der Mitte ein ausgefülltes Loch sah. Im ersten Augenblick hatte es den Anschein, als ob Miß Marlowes Geschichte wahr wäre. Ich ließ die Grube ausheben, wobei die Erde und der Zement entfernt wurden — glücklicherweise war der Zement noch nicht ganz fest geworden — aber es war auch nicht die geringste Spur eines menschlichen Körpers zu finden!"

„Blutflecke?"

(Fortsetzung folgt.)

Umstellung der Landwirtschaft tut not

Die Zollvorlage in dritter Lesung verabschiedet

Berlin, 25. März. (Eigener Bericht.)

Auf der Tagesordnung des Reichstags steht die dritte Beratung der von den Regierungsparteien beantragten Initiativ-Gesetzentwürfe zur Aenderung der Agrarzölle. Es sind dazu verschiedene neue Anträge eingegangen. Darin wird u. a. gefordert, daß den Arbeitslosen ein Teil ihrer Unterstützung in Form von Roggenbrot-Gutscheinen gegeben wird.

Abg. **Jandrey** (Dnat.): Die früheren Zollerhöhungen haben die Preise nicht erhöht. Die Vorlage ist ganz unzulänglich.

Abg. **Schmidt-Köpenick** (Soz.) gibt folgende Erklärung ab:

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt die außergewöhnlichen Schwierigkeiten an, mit denen erhebliche Kreise der deutschen Landwirtschaft im gegenwärtigen Augenblick zu ringen haben.

Sie erblickt die Ursachen dieser Schwierigkeiten zu einem Teil in Vorgängen auf dem Weltmarkt für Agrarprodukte, die durch Preis- und Marktmanipulationen anderer Staaten beeinflußt sind. Es liegt aber nicht im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, diesen Manipulationen des Auslands gegenüber passiv zu bleiben, und so die Kaufkraft eines wichtigen Teils der deutschen Wirtschaft zu vermindern und dadurch die Arbeitslosigkeit zu vermehren.

Sie erklärt jedoch, daß die einem augenblicklichen Notzustand gegenüber erforderlich gewordenen, bis zum Jahresende befristeten Maßnahmen **nicht zu Dauermaßnahmen** werden dürfen. Vielmehr

muß die damit gewährte Atempause von der Landwirtschaft dazu benutzt werden, die erforderliche Selbsthilfe, und soweit möglich, auch die notwendige Umstellung vorzunehmen,

um im steigenden Maße aus eigener Initiative die erwünschte Verbesserung der Lage der deutschen Bauern zu erreichen.

Nur unter diesen Gesichtspunkten stimmt die Sozialdemokratische Fraktion denjenigen Maßnahmen zu, die dem besonders bedrängten Körnerbau zu Hilfe kommen wollen. Sie konnte dies tun, weil an dem im vorigen Jahre neu eingeführten Verbraucherschutz unverändert festgehalten wird und weil insbesondere auf dem Gebiet des Futtergetreides jetzt eine im vorigen Jahre erfolglos von der Sozialdemokratie erhobene Forderung Verwirklichung fand, die dahin zielt, den ermäßigten Gerstenzoll von zwei Mark denjenigen Landwirten zu gewähren, die bereit sind, einen Teil inländischen Roggens mit zu verfüttern. Sie erblickt darin eine Unterstützung der noch wesentlich auszubauenden landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft. Wichtig ist vor allem, daß an dem bestehenden Zustand für Roggen nichts geändert worden ist.

Der Erhöhung des Zolls für die Einfuhr von Frühkartoffeln bis zum 31. März konnte die Sozialdemokratische Fraktion deswegen zustimmen, weil es sich um eine reine Luxuseinfuhr handelt und der Zoll somit die Wirkung einer Luxussteuer hat.

Einer Erhöhung des Zuckerzolles hat die Sozialdemokratische Fraktion erst dann ihre Zustimmung gegeben, nachdem eine Herabsetzung des Richtpreises um eine Mark pro Doppelzentner bewilligt worden war.

Die Sozialdemokratische Fraktion stellt fest, daß die im letzten Jahre vorgenommene Zollveränderung nicht zu einer Preiserhöhung für landwirtschaftliche Produkte geführt hat. Ist doch der Großhandelsindex für Agrarprodukte in der Zwischenzeit von 126 auf 109 gesunken.

Daraus erhellt, **daß auf dem Wege der Zollpolitik allein nicht die erforderliche Erleichterung gebracht werden kann,** und daß nur stärker als bisher die Selbsthilfe Platz greifen muß, die schließlich zur engeren Zusammenarbeit von landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften mit den Genossenschaften der Verbraucher zum Nutzen beider Teile führen muß. Nur so kann das berechtigte Interesse des Einzelnen sich eingliedern in das über alle Einzelwünsche zu stellende Wohl der Gesamtheit und insbesondere dasjenige aller arbeitenden Schichten. (Lebhafter Beifall der Soz.)

Abg. **Zapf** (D. Vp.) hält der Rechten vor, daß sie mit ihrer Ueberfülle von Reden und Anträgen den Landwirten nicht hilft. Auf die Durchführung von Beschlüssen kommt es an, und die haben Sie (nach rechts) bisher stets uns überlassen. Wir sind gegen das Maismonopol. Die Beteiligung von Reichstags- und Reichsratsvertretern an der Monopolverwaltung muß entschieden abgelehnt werden. Ob die vorliegenden Entwürfe der Landwirtschaft dauernd helfen können, ist zweifelhaft, sie werden aber die Landwirtschaft schützen vor dem Eindringen der Flut der ausländischen Ueberproduktion.

Abg. Dr. **Hermes** (Ztr.) spricht für die Kompromißanträge.

Abg. **Tantzen** (Dem.) äußert sich in gleichem Sinne. Auch dieser Redner spricht sich gegen das Maismonopol aus. Aus Zöllen allein komme der Landwirtschaft nicht das Heil. Aufbauarbeit müsse sie vorwärts bringen. Viehzucht sei die Hauptaufgabe des Bauern.

Abg. **Putz** (Komm.): Alle Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft sind nicht den werktätigen Bauern zugutegekommen, sondern nur dem norddeutschen Großgrundbesitz. Ueber drei Millionen landwirtschaftlicher Betriebe, weit über die Hälfte von allen, sind an höherem Roggenpreise nicht interessiert.

Abg. **Freybe** (Wirtschp.): Die Wirtschaftspartei werde nach Ablehnung der von rechts gestellten Anträge die Kompromißanträge annehmen, jedoch nicht das Maismonopol.

Abg. **Döbrich** (Chr.-nat. Bp.) wiederholt die Angriffe der „grünen Front" gegen die Regierungspolitik.

Abg. Dr. **Horlacher** (Bayr. Vp.): Es ist als erfreulicher Fortschritt zu begrüßen, daß sich die Reichsregierung zu rascher Hilfe entschlossen hat. Der Landwirtschaft wird am wenigsten durch parteipolitische Spekulation und fruchtlose Opposition gedient. Wir müssen dahin streben, den Futtermittelbedarf aus dem Inlande zu decken. Das Maismonopol muß gemacht werden, weil der Maiszoll im Handelsvertrag mit Südslawien auf 2,50 Mark gebunden ist.

Abg. **Hillebrand**-Schlesien (Disch. Bauernpt.) tritt für die weitergehenden Anträge der Rechten ein. (Das ist ja sehr interessant! Ein reiter Bauernvertreter! Anm. d. Red.)

Reichsernährungsminister Dietrich:

Ich höre, daß ein Antrag auf Beimahlungszwang von Roggen zum Weizen in Vorbereitung ist. Ich behalte mir vor, wenn in der Roggenfrage nicht eine Wendung eintritt, auch diesem Projekt näherzutreten. Der Weizenpreis muß selbstverständlich so gehalten werden, daß er einen Anreiz bietet, vom Roggenbau zum Weizenbau überzugehen. In der Roggenfrage behalte ich mir vor, schleunige Maßnahmen vorzuschlagen, sobald ein Ueberfall durch Auslandskonkurrenz etwa von Rußland erfolgen sollte. Ohne das Maismonopol geht es nicht. Allen, die das Maismonopol ablehnen wollen, sage ich, daß ich daraus die Konsequenzen ziehen und die Verantwortung denen überlassen würde, die den Mut zu dieser Maßnahme nicht aufbringen.

Weiter sprechen die Abgg. **Hoernle** (Komm.), **Schiele** (Dnat.) und **Tantzen** (Dem.).

Zur Abstimmung verlangt

Abg. **Tony Sender** (Soz.), daß zuerst über das Maismonopol abgestimmt werde, da von dem Ausgang dieser Abstimmung die Sozialdemokratische Fraktion ihre Haltung zu den weiteren Anträgen abhängig mache. Es wird dementsprechend verfahren. Die einzelnen Bestimmungen des Maismonopolantrags werden in einfacher Abstimmung unverändert angenommen. In der Schlußabstimmung wird das **Gesetz mit 195 gegen 122 Stimmen bei 78 Enthaltungen angenommen.** Für das Gesetz stimmen die Sozialdemokraten und das Zentrum geschlossen, ein Teil der Demokraten und die Bayrische Volkspartei; dagegen die Rechte, Teile der Volkspartei und der Demokraten, sowie die Kommunisten. Andere Volksparteiler und Demokraten sowie die Schiele-Gruppe der Deutschnationalen enthalten sich der Stimme.

Art. 1 des Zollgesetzes für Weizen und Hafer wird in namentlicher Abstimmung mit 273 gegen 123 Stimmen angenommen, das Gesetz darauf im Ganzen verabschiedet.

Die Kommunisten machen sich den Spaß, bei jedem Gesetz namentliche Abstimmung herbeizuführen. Die Ergebnisse sind: Gerstenzollgesetz mit 260 gegen 126 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen, Zollgesetz für Kartoffeln, Mehl und Kleie mit 273 gegen 54 Stimmen bei 78 Enthaltungen, Zucker mit 269 gegen 54 Stimmen bei 72 Enthaltungen angenommen. (Die Enthaltungen betreffen in der Hauptsache die Deutschnationalen und Christlichnationalen.) Der Kompromißantrag auf Ausgleich der Härten, die durch Erhöhung des Kaffee- und Teezolls entstehen, wird in einfacher Abstimmung gegen die Kommunisten und die Rechte angenommen.

Die neuen Ober- und Regierungspräsidenten

Absetzung von drei rechtsstehenden Landräten

Das preußische Staatsministerium beschloß am Dienstag die Ernennung des preußischen Landtagsabgeordneten Haas-Köln (Soz.) zum Oberpräsidenten in Cassel, des Ministerialdirektors Falk (Dem.) zum Oberpräsidenten in Magdeburg und des Regierungspräsidenten v. Halfern (D. Vp.) zum Oberpräsidenten in Stettin. Außerdem wurde die Ernennung des Oberbürgermeisters von Halberstadt Weber (Soz.) zum Regierungspräsidenten in Magdeburg, des Regierungsvizepräsidenten in Gumbinnen Fitzner (Soz.) zum Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. und des Ministerialrats Simon (Soz.) im preußischen Ministerium des Innern zum Regierungspräsidenten in Stettin beschlossen.

* * *

Das preußische Staatsministerium beschloß am Dienstag, wie der „Soz. Pressedienst" erfährt, die rechtsstehenden Landräte Klein-Leer, Rotberg-Fallingbostel und Freiherr von Hammerstein-Seesen, die zugleich Abgeordnete des Provinziallandtages der Provinz Hannover sind, aus politischen Gründen ihrer Aemter zu entheben.

Die Amtsenthebung dreier rechtsstehender und wegen ihrer reaktionären Gesinnung längst zum Abbau reifer Landräte der Provinz Hannover ist auf deren Verhalten gegenüber dem Oberpräsidenten Noske im Provinziallandtag der Provinz Hannover zurückzuführen.

Die Landräte stimmten als Provinziallandtagsabgeordnete zunächst für einen von rechts eingebrachten Antrag auf Behandlung einer bestimmten Schulangelegenheit im Provinziallandtag, obwohl Oberpräsident Noske ausdrücklich darauf hinwies, daß es sich hier um eine Angelegenheit handle, mit der sich der Provinziallandtag nicht zu befassen habe, da dies Sache des Preußischen Staatsministeriums sei. Als darauf die Nationalsozialisten einen in gehässiger Weise gehaltenen Mißbilligungsantrag gegen Oberpräsidenten Noske einbrachten, stimmten die drei rechtsstehenden Landräte unter Verkennung ihrer Amtswürde auch noch für diesen Antrag. Aus diesem Verhalten hat das Preußische Staatsministerium am Dienstag einstimmig die Konsequenzen gezogen.

* * *

Die Preußische Staatsregierung hat am Dienstag beschlossen, den sozialdemokratischen Abgeordneten des Preußischen Landtags Meyer-Solingen zum Ministerialdirektor im Wohlfahrtsministerium zu ernennen. Die Ernennung ist auf einen Vorschlag des Wohlfahrtsministers Hirtsiefer zurückzuführen.

Die französischen Sozialisten für den Youngplan

Paris, 25. März. (Eigener Drahtbericht.)

Die sozialistische Kammerfraktion hat am Dienstag beschlossen, selbst für den Fall für den Young-Plan zu stimmen, daß die Regierung die Vertrauensfrage zu dem Ratifikationsentwurf stellen sollte.

Die radikale Kammerfraktion dürfte sich wahrscheinlich das sozialistische Beispiel zu eigen machen.

Der Kampf um das Anti-Terrorgesetz

Wien, 25. März (Eigener Drahtbericht).

Der Kampf um das Anti-Terrorgesetz scheint seinem Ende entgegenzugehen. In der Dienstagsitzung des Justizausschusses schlug Bundeskanzler Schober vor, einen Unterausschuß einzusetzen, um der allgemeinen Aufregung und Unruhe ein Ende zu machen. Diesem Ausschuß soll eine kurze Frist zur Berichterstattung eingeräumt werden. Man hofft, daß er bald zu einem Kompromiß kommt.

Im Namen der Sozialdemokraten erklärte sich Dr. Bauer mit einer Unterbrechung der Generaldebatte und der Einsetzung eines Unterausschusses einverstanden.

Wien, 25. März. (Eigener Drahtbericht.)

In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Seipel-Clique bereits am Werk ist, um Zugeständnisse an die Gewerkschaften in der Frage des Antiterror-Gesetzes zu hintertreiben. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß die Bestrebungen des am Dienstag eingesetzten Unterausschusses zu einer Verständigung doch zur Erfolglosigkeit verurteilt sind.

Gewalttaten der polnischen Regierungspartei

Die Abgeordneten der Regierungsparteien versuchten am Dienstag die Sitzung der Budgetkommission des Sejm durch wüsten Lärm und Gewalt zu sprengen. So bemühten sie sich den Kommissionsvorsitzenden von seinem Stuhl zu werfen und dem Referenten seine Papiere zu entreißen. Eine Tafel, mit deren Hilfe man eine Abstimmung durchführen wollte, warfen die Ruhestörer aus dem Saal. Trotzdem mißlang der Angriff der Abgeordneten der Regierungsparteien, da der Vorsitzende eine kurze Ruhepause benutzte, um die Anträge als angenommen zu erklären und die Sitzung zu schließen.

Die nunmehr elftägige Regierungskrise wird voraussichtlich, den Erklärungen des neuernannten Ministerpräsidenten Szimanski zufolge, am Donnerstag ihr Ende finden.

Pilsudski versucht den Sejm kaltzustellen

Senatsmarschall Szymanski hat Pilsudski am Dienstag die Liste seines Kabinetts unterbreitet. Pilsudski erklärte, daß er dieses Kabinett nur unter folgenden Bedingungen bestätigen werde: 1. Der Sejm darf sich nicht in die Personalfragen der Regierung einmischen. 2. Der Sejm darf sich nicht in die Frage der Durchführung des gegenwärtigen Budgets einmischen. 3. Der Sejm zieht den Artikel des Finanzgesetzes zurück, der die Verantwortlichkeit der Regierungsmitglieder für Haushaltsüberschreitungen vorsieht. 4. Im Laufe der nächsten sechs Monate wird die Regierung ohne Parlament regieren.

Szymanski hat darauf auf die Kabinettsbildung verzichtet.

Vermischtes

Ein mecklenburgischer Architekt spurlos verschwunden

Der Architekt Kränzer aus Dorf Mecklenburg bei Wismar ist spurlos verschwunden. Kränzer weilte zu Besuch bei seinem Bruder in Rottensdorf bei Schönberg und war mit seinem Motorrad nach Schönberg gefahren, er fuhr dann mit dem Motorrad nach Rottensdorf zurück. Weder dort noch in Dorf Mecklenburg hat Kränzer sich eingefunden. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Man weiß nicht, ob er einem Unglücksfall oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Alle polizeilichen Nachforschungen in West-Mecklenburg und Lübeck blieben bisher ohne Erfolg.

Ehepaar Graf Königsdorf verhaftet

Die Berliner Kriminalpolizei verhaftete gestern den Grafen Eberhard von Königsdorf, den Sohn des früheren Polizeipräsidenten von Kassel und dessen Gattin, eine Tochter des Nationalökonomen Theodor Herzka, wegen umfangreicher Betrugsmanöver, die bis in das Jahr 1927 zurückgehen. Gegen das Ehepaar hat der Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium gestern Haftbefehl erlassen. Das schon betagte Ehepaar, der Mann ist 65 Jahre alt, mietete sich in eleganten Wohnungen im Westen Berlins ein, deren Inhaberinnen, meist alte Damen, verreisten und pflegte während der Abwesenheit der Besitzerinnen Teppiche und Tafelsilber in Leihhäusern zu versetzen. Bei der Rückkehr der Wohnungsinhaberin weigerte sich das Ehepaar, die Miete zu bezahlen und mußte exmittiert werden. Bisher sind dem Ehepaar fünf Fälle von Logierbetrug nachgewiesen worden. Auch stellte man fest, daß zahlreiche kleine Kaufleute, die dem Ehepaar Geld geliehen hatten, geschädigt sind.

Neubelebung der Flottenkonferenz

Auf Grund eines neuen amerikanischen Vorschlags

London, 25. März. (Eigener Drahtbericht.)

Die Flottenkonferenz ist am Dienstag wieder zum vollen Leben erwacht, nachdem der Vorschlag des italienischen Delegierten Grandi vom Montag abend bereits dem Zustand völliger Resignation ein Ende bereitet hatte. Das neue Element ist in einem amerikanischen Vorschlag zu finden, der von dem amerikanischen Delegierten Stimson am Dienstag vormittag Macdonald unterbreitet worden ist.

Die amerikanische Anregung besteht in einer **Bereitwilligkeits-Erklärung der amerikanischen Regierung, mit den übrigen vier Mächten England, Japan, Frankreich und Italien einen sogenannten konsultativen Pakt abzuschließen,** der sich auf der Linie des im Jahre 1921 in Washington unterzeichneten sogenannten pazifistischen Vertrages bewegen soll. Ein derartiger konsultativer Pakt müßte nach amerikanischer Auffassung die Einberufung einer gemeinsamen Konferenz der vertragschließenden Mächte im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen zwei oder mehreren dieser Mächte vorsehen und im Falle eines Angriffs gegen eine der vertragschließenden Mächte die sofortige Beratung dieser Mächte über die zu ergreifenden Schritte obligatorisch machen. Amerika hat jedoch gelegentlich der Unterbreitung seiner Vorschläge nochmals mit großem Nachdruck betont, daß die Vereinigten Staaten unter keinen Umständen irgend eine andere Verpflichtung eingehen könnten als diejenigen, in einem derartigen Fall in Beratungen mit den anderen Mächten einzutreten.

Man ist sich in London bewußt, daß der amerikanische Vorschlag unter Umständen geeignet ist, die beinahe verzweifelte Situation, in der sich die Vertreter des Abrüstungsgedankens auf der Konferenz befanden, mit einem Schlage zu beenden. Alles hängt nunmehr davon ab, ob Frankreich die durch einen derartigen Pakt gebotenen Sicherungen, wenn von Sicherungen überhaupt die Rede sein kann, für ausreichend genug hält, um seine Tonnagezifern herabzusetzen und seinen Anspruch auf eine formelle Ueberlegenheit über Italien grundsätzlich aufzugeben. Ist das der Fall, so kann der ursprüngliche Konferenzzweck noch jetzt gesichert werden; ist das nicht der Fall, so dürften sich die weiteren Verhandlungen um den Abschluß eines Dreimächte-Paktes und eine halbjährige Vertagung der Konferenz im Sinne der italienischen Anregungen drehen.

Briand über Frankreichs Haltung auf der Flottenkonferenz

Paris, 25. März. (Eigener Drahtbericht.)

Die Beratungen über den Etat des Auswärtigen Amtes im Senat gaben Briand am Dienstag Gelegenheit zu einem Referat über die Haltung Frankreichs bei der Londoner Flottenkonferenz. Briands Ausführungen standen im Zeichen eines demonstrativ betonten Grundmotivs: „Sicherheit über alles!"

Briand begann mit der allgemeinen Behauptung, daß an der Sicherheit Frankreichs nicht nur Frankreich allein interessiert sei, sondern auch alle anderen Länder, die die historische Mission Frankreichs im Dienste des Friedens kennen. Erst wenn alle Länder zu einem gegebenen Zeitpunkt imstande sind, sich vor allen Angriffen in Sicherheit zu fühlen, werde der Friede auf dauerhafter und haltbarer Grundlage ruhen. Dies habe von Beginn der Londoner Konferenz an die französische Haltung eindeutig bestimmt. Man dürfe keine übertriebenen Hoffnungen über die Aussichten der Londoner Konferenz in der Bevölkerung aufkommen lassen. Es handele sich um ein Unternehmen, das nur relative Ergebnisse zutage fördern könne. Niemand dürfe von Frankreich fordern, daß es auf dem Altar der internationalen Interessen seine eigenen Interessen opfere.

Mit unverhüllter Schärfe gegen Italien betonte Briand dann, man müsse sich vor gewissen demagogischen Formeln wohl in Acht nehmen und dürfe einer Theorie der Gleichheit (Flottenparität mit Italien) nicht zustimmen, die in Wirklichkeit gefährliche Ungleichheiten zur Folge haben müßte. Noch habe London nicht erreicht, was es im Interesse Frankreichs erstrebe. Aber die Verhandlungen seien noch nicht zu Ende, und man müsse über die Möglichkeit der Wiederaufnahme des Problems und den Möglichkeiten einer Lösung nicht verzweifeln.

Briand, dessen Rede den ungeteilten Beifall des Senats fand, wird am Mittwoch früh nach London zurückkehren und am Donnerstag zum Beginn der Young-Debatte in der Kammer bereits wieder in Paris sein.

Stadt-Theater
(Opernhaus)

Mittwoch
20 bis gegen 23 Uhr:
Abonn.-Vorstellung G 15
Aida.

Donnerstag
20 bis nach 22,30 Uhr
Die Schwalbe.

Freitag
20 bis nach 22,45 Uhr:
Abonn.-Vorstellung H 15
Ein Maskenball.

Lobe-Theater
Telefon 50747
Täglich 20,15 bis 22,15
Kolportage.
Sonnabend 20,15 Uhr
(und täglich):
Zum 1. Male!
Musik
von Frank Wedekind.

Thalia-Theater
Täglich 20,15 bis 22,15
Der rasende Sperling
Sonnabend 20,10 Uhr
(und täglich):
Zum 1. Male!
Viel Lärm um Nichts
von William Shakespeare.

Alles raucht
Jubil-Stumpen
würzige 5 Pf. Zigarre, bei
C. Kretschmer
Schmiedebrücke 29b

Küchen
größte Auswahl von
130–400 Mk.
Reform-Küchen
kompl. 275 M.
Teilzahlung gestattet!
Nowotny
Weidenstr. 23/24.

Inserate erzielen in dieser Zeitung den größten Erfolg

Schauspielhaus
Operettenbühne — Tel. 36300

Das große Ereignis der diesjährigen Breslauer Theater-Spielzeit

Heute Mittwoch den 26.
Donnerstag, d. 27. u. Freitag, d. 28., 8 Uhr
Gastspiel
Kammersänger
Richard Tauber
u. **Margit Suchy**
von der Staatsoper Berlin
in dem Welterfolg
Das Land des Lächelns

Franz Lehar dirigiert

Sonntag nachm. 3 Uhr
Osterhäsleins Zauberkiepe
nachm. 1½5 Uhr
Die Fledermaus 10018

Der Vorverkauf ist ununterbrochen geöffnet

Bräuers Festsäle
Gabitzstraße 22 1065
Heute Mittwoch:
Verkehrter Ball
Jeden Sonntag: **Gesellschaftstanz**

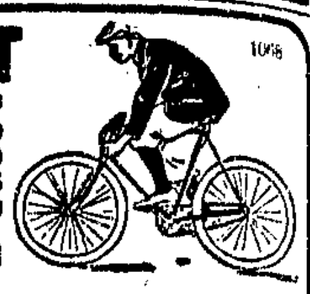
WAPPENHOF
Heute Mittwoch, sowie täglich ab 4 Uhr:
Nachmittags-Varieté-Vorstellung
mit internationalem Programm
Heute Mittwoch, ab 8 Uhr: 1168
Abendvorstellung mit Ball
3 Kapellen — Eintritt einschl. Ball 50 Pf.

Luna-Park
Breslau-Morgenau Tel. 55604
Straßenbahnverbindung bis zum Lunapark.
Heute Mittwoch: **Der tollste Ball**
Verkehrte Ball
Morgen Donnerstag:
Gr. Varieté-Vorstellung
mit ganz neuem Programm, u. a.:
Clown-Duo, Pauly & Kiki in ihren Späßen
Mr Erwino sensat. Lyraspiele
Gerda u. Mack, mod. Fangkünstler
Ada Iris, das Elastikwunder
4 Ariston, Equilibristische Sprungakrobaten
Paul u. Jimmy, Meister-Exzentriker
Rudi Rudi, Dresl. beliebt. Humor. u. Conférencier
Anfang 4 Uhr Eintritt 25 Pf.
Anschließend: **Ball** 9686

Druckerei Volkswacht Ausführung aller Drucksachen
Breslau 2 Flurstraße 4/6

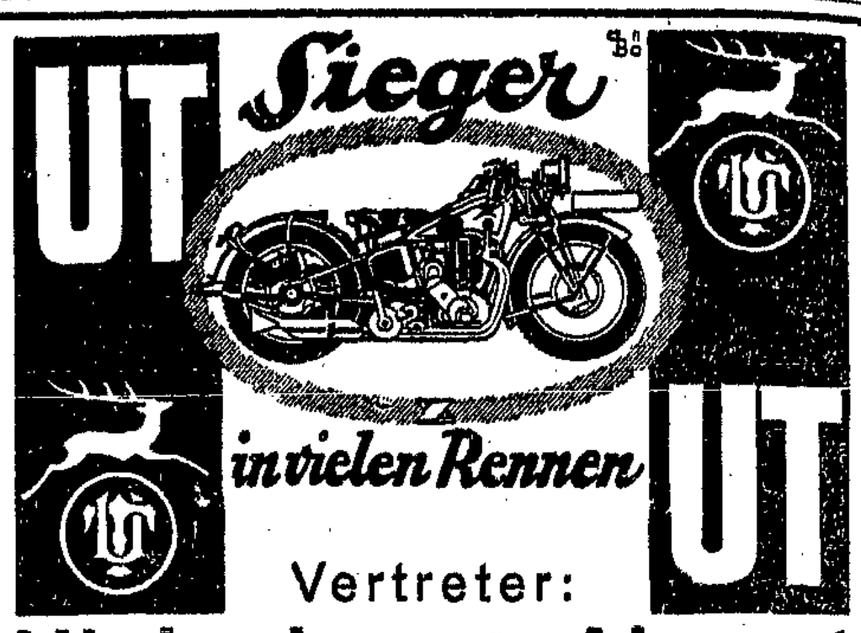
Julius Prüwer
dirigiert am Sonntag, 30. März
vormittags 11:30 Uhr, das
Sonder-Konzert
mit dem gesamten Orchester
der Schlesischen Philharmonie

Fahrradhaus OST
1098
Klosterstraße 17, Das große Serienhaus
Fahrräder kosten **38.50, 48.50, 58.50, 68.50, 78.50, 88.50, 98.50, 108.50**
Sättel .... **2.50** **Glocken** **0.25**
Mäntel . **2.50** **Schläuche** ... **1.00**
Sprechapparate u. Schallplatten
in allen Preislagen — Reparaturen



Schenke
zu jeder Gelegenheit und Festlichkeit
billige und gute Bücher
VOLKSWACHT-BUCHHANDLUNGEN
Neue Graupenstr 5 / Friedr. Wilh.-Str 105 / Flurstr 4

Auskunft
über Einreisebestimmungen, Schiffsverbindungen und Fahrkarten nach
Canada
durch
Norddeutscher Lloyd Bremen
und seine sämtlichen Vertretungen
In Breslau: Norddeutscher Lloyd, General-Agentur
Lloydreisebüro G. m. b. H., Neue Schweidnitzer Str. 8 (Allianz-Haus).



Vertreter:
Hielscher & Ahrent
Abteilung Motorräder
Breslau 5 / Tauentzienplatz 14
1164

Soeben eingetroffen!

1 Waggon Linoleum!

bestes deutsches Fabrikat, II Wahl oder etwas ausrangierte Muster, zum Teil mit kleinen Schönheitsfehlern, oder Reste und Kupons

bedeutend unter Preis!

Zum Auslegen von Wohnungen, Geschäftsräumen, für Treppen, Tische und Stühle können Sie hier **ganz billig** Ihren Bedarf decken.

Mitglied der **Kunden-Kredit** G. m. b. H. Gartenstr. 67, II. (Capitol)

Linoleum-Auslegeware

Linoleum-Auslegeware	200 cm br., **bedruckt** in Resten, Quadratmet.	3.20
Linoleum Auslegeware	200 cm br., **bedruckt** II. Wahl, Quadratm 3.90	3.40
Linoleum-Auslegeware	200 cm breit, **Inlaid** II. Wahl, Quadratmeter	4.80
Linoleum-Auslegeware	200 cm breit, **Granit,** II. Wahl, Quadratmeter	4.60
Linoleum-Auslegeware	200 cm br., **einf., grün, rot,** II. Wahl, Quadratm.	4.50
Linoleum Auslegeware	200 cm br., **einfarbig braun,** II. W., Quadratm.	4.20
Linoleum Auslegeware	200 cm br., **einfarbig braun,** II. W., Quadratm.	4.70
Linoleum-Auslegeware	200 cm br., **einfarbig braun,** II. W., Quadratm.	5.90
Linoleum Auslegeware	200 cm br., **einfarbig braun,** II W. Quadratm.	6.90
Tischlinoleum	grün, rot u. blau, 100 cm br. m 4.00, 80 cm br., m 3.20, 50 cm br. m	2.40

Linoleum-Läufer etc.

Linoleumläufer **bedruckt,** ohne Kanten, mit kleinen Fabrikfehlern
100 cm breit Meter **1.80,** 67 cm br. Meter **1.20**

Linoleumläufer **bedruckt,** II. Wahl und ausrangierte Muster
133 cm br. Met. **5.25** 110 cm br. Met. **4.30**
90 cm br. Met. **3.55** 67 cm br. Met. **2.70**
60 cm br. Meter **2.40**

Inlaidläufer durchgemustert, II. Wahl
110 cm br. Met. **7.50** 100 cm br. Meter **6.70**
90 cm br. Met. **6.50** 67 cm breit Meter **4.50**

Linoleumteppiche mit kleinen Schönheitsfehl. in vielen Mustern, 200/300 cm Stück **27.50**
200/250 cm Stück **23.50** 150/200 cm Stück **13.90**

Inlaidteppiche durchgemustert, II. Wahl, in neuzeitlichen Mustern
200/300 cm St. **51.50** 200/250 cm St. **44.50**
150/200 cm Stück **25.50**

Wachstuch-Tischdecken 85/115 cm, schöne blau weiße Muster . . durchweg Stück **98** Pf.

Stragula
Der beste und billigste Fußbodenbelag

Stragula Läufer	II. Wahl, in gr. Musterauswahl, 90 cm brt **1.95,** 67 cm brt. Mtr.	1.50
Stragula-Läufer	i. Rest. u. Kupons, in viel. Must. 133 cm brt. **2.80,** 110 cm brt	2.40
Stragula-Läufer	o. Kante, II. Wahl, 100 cm breit **1.95,** 90 cm brt. **1.60,** 67 cm brt.	1.30
Auslegeware	II. Wahl, in viel. Mustern, 200 cm breit, Quadratmeter **1.90,** 183 cm breit . . . . . Quadratmeter	1.75
Teppiche	II. Wahl, m. kl. Fehlern, Gr. 200/300 St. **16.50,** Gr. 200/250 **14.50,** Gr. 150/200	8.50
Vorlagen	in vielen hübschen Mustern, je nach Größe . . . . . Stück **1.45, 95**	75 Pf.

Gute, billige Bettstellen etc.

Metall-Bettstellen mit 23 mm stark. Stahlrohr, weiß und schwarz lackiert, mit Patentzugfedermatratze, Gr. 80/180, Stück **15.50**

Metall-Bettstellen 33 mm starkes Stahlrohr, mit u. ohne Messingverzierung, u. Patentzugfedermatratze, Gr. 90/190, St. **21.50** **19.50**

Kind.-Metallbettstellen in 1a weiß. Lackierung mit abklappbar. Seitenteil, Größe 70x140 u. 60x120 cm, für kleinere Kinder, mit und ohne verstellbarem Kopfteil . . . Stück **28.50, 27.50, 25.50, 21.50** **19.50**

Kind.-Polstermatratzen aus Jute, in 2 Größen, mit Alpengrasfüllung St. **8.50, 6.95,** desgl. aus rot. Drell, St. **14.50** **12.50**

Polstermatratzen f. Erwachs., 3teil. m. Keilkissen, Jute m. Alpengrasfüll., St. **15.50** **14.50**

Reformunterbetten mollig und sehr hygienisch, weiß und farbig, Leinen, einseitiges Trikot und beiderseitiges Trikot, Größe 90/190 . . . . . Stück **17.50, 14.50** **8.95**

Messow Weidschmiet G.M.B.H. Schmiedebrücke

Extra-Angebot! Korbmöbel

Weidenkorbsessel	mit Wulstrand oder Spitzwulst u. schwarz. Knopf, Stück **6.95**	5.95
Korbhocker	aus 1a weißer Weide . . . . Stück	2.95
Korbtische	mit runder Platte, mit und ohne Korbrand . . . . . Stück **7.95, 6.25**	5.95
Korbbänke	prima weiße Weide Stück **15.00, 13.90**	9.90
Korbmöbel-Garnituren	best. aus 2 Sesseln, 1 Bank u. 1 Tisch pa. weiß. Weide, saub., stabile Ausführ., Tisch 60 cm Durchm., runde Holzplatte, **komplett 4teilig,** Garnitur	29.50
Spannofix-Vorhanghalter	Die beliebten verstellbaren z. Aufbr. der Behänge an Metallbettst., Satz = 4 St.	2.50

Ein Bubikopf
mit natürlichen Locken ist von bezaubernder Wirkung. Schnell erreichbar durch Apoth. Helnickes
„Lockenerzeuger"
Gr. Flasche 2,25, Porto extra. Zu haben Breslau nur **Liebig-Drogerie,** Apoth. R. S. Keller, Gartenstraße 47 a. d. Theaterstraße, oder Labor. Aurea Physika, Dresden-N. 6, Villiersstraße 15. 1163

Kellner-Kleidung
aller Art
auch für Lehrlinge
in guter Qualität, zu niedrigsten Preisen.
Große Auswahl. 1174

Zahlungserleichterung durch die Kunden-Kredit G. m. b. H., Gartenstraße 67, Capitol.

Herren-Sport- u. Berufs-Kleidung
Oskar Dehmel
Breslau I Neumarkt 45

Buchhandlung Volkswacht Modernes Antiquariat
Breslau 3 Neue Graupenstraße 5

Arbeitsmarkt

Heimnäherinnen
für Umschlaghosen und Sporthosen welche beste Arbeit liefern, können sich mit Probearbeit und Ausweis melden
Aktiengesellschaft für Webwaren u. Bekleidung
Gartenstraße 7 9685

Mord auf dem Oderdamm

Der vermißte Rentner Bamberg ist von zwei Männern niedergeschlagen und in die Oder geworfen worden – Ein Verbrechen um 50 Mark – Die Mörder verhaftet

Die Breslauer Kriminalpolizei konnte gestern nach umfangreichen Ermittelungsarbeiten das Verschwinden des 74jährigen Rentners Wilhelm Bamberg aus Greifenhagen aufklären. Der alte Mann, der bei seiner verheirateten Tochter auf dem Reiherweg zu Besuch weilte, ist am 24. Februar in der Nähe von Schaffgotsch-Garten auf dem Oderdamm niedergeschlagen, beraubt und in die Oder geworfen worden. Als Täter sind der 26jährige Gastwirtssohn Erich Lux und der Arbeiter Erich Burghardt aus Bartheln verhaftet worden. Beide haben bereits ein Geständnis abgelegt.

Ueber das gemeine Verbrechen an einem Greise erfahren wir noch folgende Einzelheiten.

Der Rentner Bamberg hatte am 24. Februar mittags die Wohnung seiner Verwandten in Zimpel verlassen und einen Spaziergang unternommen, von dem er nicht mehr nach Hause zurückgekehrt ist. Die Angehörigen meldeten ihn zunächst als vermißt, aber da die Möglichkeit nahe lag, daß der alte Mann einem Verbrechen zum Opfer gefallen sein könnte, nahm die Kriminalpolizei umfangreiche Ermittelungen auf, um dem Verschwunden auf die Spur zu kommen. Es wurde zunächst festgestellt, daß sich der alte Mann **nach Bartheln begeben hatte, wo er in der Gastwirtschaft „Zum Jagdschlösse1" einkehrte,** die dem Vater des verhafteteten Lux gehört. Weiter ermittelte die Polizei, daß er dieses Lokal abends nach 19 Uhr verlassen hatte und von Lux begleitet wurde. Da aber zunächst keinerlei Anhaltspunkte vorlagen, die zu einer Verdächtigung des Lux berechtigt hätten und auch ein Alibi nachweisen konnte, mußte sich die Polizei darauf beschränken, weiter zu forschen. Lux hatte der Polizei angegeben, den Gast des Lokals „Zum Jagdschlösse1" die Zimpeler Straße entlang bis zum Rotkehlchenweg begleitet und sich dort von ihm verabschiedet zu haben.

Die Oderniederungen wurden mit Spürhunden abgesucht, auch der Reichswasserschutz wurde eingesetzt und in mühseliger Arbeit wurden auch umfangreiche Nachforschungen und Grabungen durch Erwerbslose auf dem Müllabladeplatz durchgeführt, der sich auf der anderen Seite der Oder befindet. Die Nachforschungen hatten aber trotz aller Intensität keinen Erfolg.

Da nunmehr auch bekannt wurde, daß der Arbeiter Burghardt ebenfalls in der Begleitung des Rentners Bamberg sich befunden hat, wurden **am Montag die beiden Männer verhaftet. Nach hartnäckigem Leugnen bequemten sie sich schließlich zu Geständnissen,** die glaubhaft sind, aber noch nicht in allen Einzelheiten nachgeprüft werden konnten, da infolge des Hochwassers die Leiche aus der Oder noch nicht herausgefischt werden konnte, obwohl die Mordkommission mit dem Reichswasserschutz den ganzen Dienstag über eifrig bemüht war, den Leichnam aus dem Wasser herauszuholen.

Der Gastwirtssohn Erich Lux gab an, daß er sich mit dem Gast in dem seinem Vater gehörigen, aber von einem Pächter bewirtschafteten Lokal ein wenig angefreundet hatte und von ihm zu einigen Glas Bier eingeladen wurde. Da er beobachtete, daß Bamberg Geld bei sich hatte, das er in noch größerer Menge bei ihm vermutete, reifte in ihm der Plan, den alten Herrn umzubringen. Er verständigte sich mit dem Burghardt, der sich bereitwilligst einverstanden erklärte, mit von der Partie zu sein. Unter dem Vorwand, daß er den alten Mann schon seit Jahren kenne, begleitete ihn Lux angeblich nach Hause. Vorher hatten die beiden Komplizen den Rentner noch mehrmals zum Trinken animiert. Burghardt entfernte sich vorher aus dem Lokal, damit er überhaupt nicht gesehen werden sollte. Als der Greis in Begleitung des Lux den Oderdamm betrat, gesellte sich aber Burghardt sofort wieder zu ihnen. Er hatte sie schon erwartet. Alle drei gingen den Oderdamm entlang und kurz vor Schaffgotsch-Garten erinnerte Lux seinen Freund an die Ausführung des Planes. Darauf stellte sich Burghardt plötzlich vor den alten Rentner hin, verlangte Herausgabe des Geldes und versetzte ihm im gleichen Augenblick einen wuchtigen Schlag mit einem von Lux erhaltenen Revolver gegen die linke Schläfe, so daß Bamberg taumelnd zusammenbrach.

Nach diesem plötzlichen Ueberfall schleppten sie den Bewußtlosen auf die Oderwiesen. Lux entfernte sich angeblich sofort, um sich ein Alibi zu besorgen, was ihm anfänglich auch gelang. Er begab sich nämlich in ein Lokal in Zimpel, wo ihn im Laufe des Abends auch selbst der Schwiegersohn des Ermordeten sah. Burghardt machte sich inzwischen an die Ausplünderung der Leiche. **Er nahm die goldene Taschenuhr und die Brieftasche an sich. Es waren nur 50 bis 60 Mark darinnen,** und die Vermutungen, die sie zu Mördern werden ließ, erwiesen sich als falsch. Burghardt zog hierauf seinem Opfer Mantel und Jackett aus, wickelte diese Sachen zusammen, band einen Stein daran und warf sie in die Oder. Hierauf versetzte er dem leblos daliegenden Bamberg weitere Schläge, schleppte den Körper an die Oder, befestigte ebenfalls Steine daran und warf ihn ins Wasser.

Die Tatsache, daß bei den Nachforschungen auf dem Vorland der Oder nichts von Schleifspuren gefunden wurde, ist darauf zurückzuführen, daß an dem Tage, besonders in den Abendstunden, ziemliche Kälte herrschte, sodaß das Erdreich gefroren war.

Hierauf begab sich auch Burghardt in das Lokal, in dem sich sein Komplize aufhielt, und sie unternahmen noch eine Bierreise, bei der sie die gesamte Beute, einige fünfzig Mark, verzechten.

Wie schon angeführt, ist das Geständnis über die eigentliche Tat bisher nicht nachzuprüfen gewesen, weil der Leichnam noch nicht gefunden wurde. **Die Meldungen verschiedener bürgerlicher Breslauer Zeitungen hierüber sind unrichtig.** Anzunehmen ist aber, daß die Geständnisse zutreffend, höchstens in die mildeste Form gekleidet sind.

Die beiden Mörder sind seit einiger Zeit arbeitslos. Trotzdem dürfte in diesem Falle die Arbeitslosigkeit nicht das ausschlaggebende Moment gewesen sein, da der Vater des Lux, der sein Lokal verpachtet hat, immerhin in der Lage gewesen sein dürfte, seinen Sohn nicht hungern zu lassen.

Der Arbeiter Burkhardt ist 25 Jahre alt und ebenso, wie sein Komplize, unverheiratet. Auch er ist seit einiger Zeit arbeitslos. Die geraubte Brieftasche will Burkhardt in die Oder geworfen haben. Die goldene Taschenuhr des Ermordeten ist inzwischen herbeigeschafft worden. Sie ist von den Mördern verkauft worden. Die Polizei hat von diesem Uhrenverkauf Kenntnis erhalten und dieses Auffinden der Uhr hat wesentlich zur Aufklärung beigetragen.

Nach dem vorliegenden Geständnis ist Lux der Urheber der Tat. Er hat den Burghardt am 24. Februar nachmittag aus der Wohnung geholt und aufgefordert, mit in das Lokal „Zum Jagdschlösse1" zu kommen. Unterwegs machte er ihn mit seinem Plan vertraut und übergab ihm auch den Trommelrevolver, mit dem Burkhardt dann den alten Mann niederschlug.

Die Suche nach der Leiche des Ermordeten wird weiter fortgesetzt.

Die gesetzliche Miete für April 1930

ermäßigt sich gegenüber den vergangenen sechs Monaten um eine Kleinigkeit. Es kommt dies daher, weil vom 1. April dieses Jahres ab der umlagefähige Teil des Gemeindezuschlages zur staatlichen Grundvermögenssteuer nur 240 v. H. beträgt gegen bisher 295 v. H. Wieviel Prozent der Friedensmiete diese Ermäßigung ausmacht, läßt sich nicht angeben, da das Verhältnis zwischen Friedensmiete und Grundvermögenssteuer kein gleichbleibendes ist. Die eigentliche gesetzliche Miete beträgt nach wie vor 122,5 Prozent der Friedensmiete (einschließlich des Hundertsatzes für Schönheitsreparaturen); sie ermäßigt sich um 2,5 v. H., wenn weder Müllabfuhrgebühr noch Kanalgebühr erhoben werden und um 2 Prozent, wenn das Grundstück lediglich zur Kanalgebühr veranlagt ist. Wird nur Müllabfuhrgebühr erhoben, aber keine Kanalgebühr, dann ermäßigt sich der angegebene Satz um 0,5 v. H. der Friedensmiete. Der Hundertsatz für Schönheitsreparaturen — seit 1. Mai 1924 unverändert — beträgt 4 v. H. der Friedensmiete.

Einheitlicher Gerichtsstand in Groß-Breslau

Vom 1. April 1930 an gehören laut Verordnung des Preußischen Staatsministeriums vom 11. d. Mts. in Breslau eingemeindete Gemeinden und Gutsbezirke Hundsfeld, Deutsch-Lissa, Rathen, nunmehr auch zum Bezirke des Amtsgerichts in Breslau. Somit dürften die Klagen über den bisherigen Zustand, Klagen, die sich immer mehr häuften, erledigt sein.

In den Angelegenheiten der streitigen und freiwilligen Gerichtsbarkeit, die am Ueberleitungstage bereits anhängig sind, werden, soweit sie von der Zuständigkeitsveränderung überhaupt betroffen werden, aus diesem Anlaß vorsorgliche Maßnahmen der Beteiligten nicht erforderlich.

Bei neuen Anträgen jedoch, insbesondere in Grundbuchsachen, wo sich unter Umständen nach dem Zeitpunkt des Eingangs bei Gericht der Rang eines dringlichen Rechtes bestimmt, ist zur Vermeidung nachteiliger Verzögerungen der Uebergangstag zu beachten. Solche Anträge sind also an dasjenige Gericht zu senden, das am Tage des (voraussichtlichen) Eingangs für die Bearbeitung zuständig ist.

Dies gilt natürlich auch für die an das Amtsgericht als Vollstreckungsgericht zu richtenden neuen Anträge (z. B. auf Pfändung und Ueberweisung einer Forderung, wenn der Schuldner in den übergeleiteten Gemeinden und Gutsbezirken wohnt.)

Bei Zwangsvollstreckungsanträgen ist es wichtig, daß vom 1. April 1930 einschließlich ab der Auftrag bei dem neu zuständigen Breslauer Gerichtsvollzieher eingeht, wenn die Vollstreckungshandlung in den genannten Gemeinde- oder Gutsbezirken vorgenommen werden soll.

Es gehören vom 1. April 1930 an:

Hundsfeld zum Gerichtsvollzieherbezirk 18 des Obergerichtsvollziehers Demmig in Breslau, Sternstraße Nr. 122;

Deutsch-Lissa (einschließlich Klein-Heidau) und Rathen zum Gerichtsvollzieherbezirk 26 des Obergerichtsvollziehers Hänel in Breslau, Bielestraße Nr. 3.

Die bisher in Deutsch-Lissa und Hundsfeld abgehaltenen Gerichtstage hören nunmehr auf und zwar auch für die nicht eingemeindeten Ortschaften, die zu den Bezirken dieser Gerichtstage gehören.

Abends hinter Pilsnitz

trafen sich am 8. Januar der Arbeiter Sauer auf seinem Rade und der Landwirt Richter in einem mit einer Plane gedeckten Wagen. Das Ergebnis dieses Zusammentreffens war, daß verschiedene Einwohner von Groß-Masselwitz im Straßengraben drei Gestalten antrafen, die sich „lebhaft" miteinander beschäftigten.

Zuletzt endete diese angeregte Unterhaltung mit zwei ärztlichen Attesten, und einer Verhandlung vor dem Breslauer Schöffengericht. Sauer war der schweren Körperverletzung mit einem gefährlichen Werkzeug — einem auf dem Tisch des Hauses niedergelegten Totschläger mit einer hübschen runden Bleikugel in Leder genäht. Richter und ein ihm zur Hilfe geeilter Freund namens Auras, ebenfalls der Körperverletzung angeklagt, wobei Sauer sich als Nebenklläger gegen die siegreich gebliebene Macht der beiden Gegner wandte. Es war die richtige Dorffeindschaft, die hier zum Austrag kam; irgendwo im Hintergrund des Vorfalls spielt die Eifersucht, eine andere nicht zur Aburteilung gelangte Prügelei, bei der Sauer den Kürzeren gezogen hatte und im Zuschauerraum teilten sich sichtlich und hörbar die Parteien. Natürlich hat keiner angefangen; Sauer berichtet: Richter habe ihn vom Wagen herunter mit der Peitsche mit den Worten: **„Wir gratulieren Dir zum neuen Jahr"** ins Gesicht geschlagen und dann gemeinsam mit Auras überfallen; Richter hingegen will von Sauer vom Wagen gerissen — **„Lerge, jetzt tresse ist Dich mal unter vier Augen",** solle er dabei gesagt haben — und mit dem Totschläger mißhandelt worden sein. Abbekommen haben sie jedenfalls alle Beide ihr Teil, das weisen die ärztlichen Atteste zur Genüge aus. Frägt sich blos, wer hat nun wirklich angefangen. Diese sehr wesentliche Frage für die rechtliche Bewertung, da der Angegriffene sich ja zweifellos in Notwehr befand, wurde natürlich nicht geklärt.

Die Zeugen waren alle erst im Endstadium zu der Prügelei gekommen und sagten überdies recht konfus aus, so konfus, daß der nachsichtige Vorsitzende mahnend zu dem den Sauer verteidigenden Rechtsanwalt und Vertreter der Nebenklage sagte: „Ich bitte das dem Zeugen nicht krumm zu nehmen, er steht das erste Mal vor Gericht". Richter steht allerdings nicht das erste Mal vor Gericht; er ist unter anderem wegen eines ähnlichen Delikts — mit 20 Mark — vorbestraft. Deshalb wird er von dem Vertreter Sauers als „gerichtsnotorischer Rohling" bezeichnet, was wiederum zu einer begütigenden Bemerkung des Vorsitzenden Anlaß gibt. **Der Staatsanwalt** aber will exemplarisch sein, er beantragt zwei Monate, sechs und drei Wochen Gefängnis, denn tätlich, so meint er, waren sie alle drei und wahrscheinlich hätten beide Parteien die gute Gelegenheit zu einer kleinen Auseinandersetzung ergriffen. In Konsequenz dieser Argumentation fordert der Anwalt Sauers natürlich Freispruch, denn der Grundsatz: Im Zweifel für den Angeklagten müsse hier doch für alle — nicht doch, er ist ja nicht nur Verteidiger, sondern Nebenkläger, darum fordert er für den „gerichtsnotorischen Rohling", milder wie der Staatsanwalt, eine Geldstrafe.

Das Gericht jedoch ist weise und milde; es wirft nur Geldstrafen aus, wobei Sauer wegen des Totschlägers mit 50 Mark am höchsten „bewertet" wird, Sauer und Auras mit 30 bzw. 10 Mark hingegen billiger weglommen. Immerhin ist das „Vergnügen", rechnet man die üblichen Unkosten hinzu, reichlich teuer und darum eigentlich wirklich wenig lohnend gewesen.

Gemeingefährlicher Motorradfahrer

Er fährt 5 Menschen über den Haufen ehe er zum Halten gezwungen wird

Einer kaum für möglich zu haltenden Rücksichtslosigkeit befleißigte sich gestern der motorradfahrende Kaufmann Strachotta aus der Trebnitzer Straße, als er mit seinem Fahrzeug die Michaelisstraße entlang raste. Am Mittelfeldweg riß er den Schüler Ernst Buckansch aus der Michaelisstraße um, der den Fahrdamm überschritt. Er wurde im Bogen auf das Pflaster geschleudert, wo er mit schweren Verletzungen liegen blieb. Strachotta fuhr aber mit seinem Motorrad weiter und fuhr den ein kurzes Stück entfernt in gleicher Richtung fahrenden Radfahrer Langwitz aus Carlowitz von hinten an, so daß dieser stürzte und ebenfalls innerlich schwer verletzt liegen blieb. Das Motorrad raste aber immer noch weiter und fuhr dann zwischen Neue Adalbertstraße und Mittelfeldweg auf den Bürgersteig, wobei die dort gehende Ehefrau Maria E der nebst Tochter aus der Fürstenstraße, sowie den Schüler Herbert Spieka aus der Waisenhausstraße umgerissen wurden. Die auf dem Bürgersteig verletzten Personen erlitten starke Hautabschürfungen und Kopfverletzungen. Der Schüler Buckansch wurde durch einen vorbeifahrenden Personenkraftwagen nach dem St. Josefs-Krankenhaus und der Radfahrer Langwitz wurde durch den herbeigerufenen Unfallwagen der Feuerwehr in das Allerheiligen-Hospital geschafft. Die Feuerwehr, die von einem Unbekannten alarmiert war, erschien mit zwei Fahrzeugen am Tatort. Nach Angaben von Zeugen soll der Motorradfahrer die Michaelisstraße in rasendem Tempo befahren haben.

Zuchthaus für einen Heiratsschwindler

Unter der Anklage des Betruges im Rückfalle in zwei Fällen hatte sich vor dem Erweiterten Schöffengericht der 29 Jahre alte Schlosser Harry Plötzner zu verantworten. Obwohl er verheiratet und Vater von zwei Kindern ist, knüpfte er im vorigen Jahre Beziehungen zu Hausangestellten an und versprach ihnen auch bald die Ehe. Sein Ziel war aber, aus diesen Mädchen geldliche Vorteile zu ziehen. Bei beiden operierte er damit, daß er Eisenbahnangestellter sei und nach Oels versetzt werde. Hierzu brauchte er aber Geld. Unter dieser Vorspiegelung nahm er der einen Hausangestellten 350 Mark, der anderen 30 Mark ab. Die letztere blieb deshalb vor weiterem Schaden bewahrt, weil sie seine Wohnung herausbekommen hatte und sich nach ihm erkundigen wollte. Als sie in die Wohnung des Mannes kam, trat ihr dessen Frau entgegen. Von einer recht häßlichen Seite zeigte sich der Angeklagte vor Gericht darin, daß er erklärte, die eine Hausangestellte habe ihn zum Mord anstiften wollen, indem er seine Frau umbringen sollte. Tatsächlich hat dieses Mädchen, dem er 350 Mark abschwindelte, nicht gewußt, daß er verheiratet ist. In einem Briefe, der in der Verhandlung verlesen wurde, teilt er dem Mädchen mit, daß er nach Oels versetzt werde, er ihr aber trotzdem treu bleibe, sie solle ihm aber Geld schicken, denn „ohne Geld sei er wie ein Affe". Aus der Untersuchungshaft hat er auch seiner Frau einen Brief geschrieben, in welchem er sie zu einer falschen Aussage verleitete. Er gibt darin genau an, was sie vor Gericht aussagen solle, dann könne man ihn nicht verurteilen. Das Gericht erblickte in der Handlungsweise des Angeklagten den beiden Hausangestellten gegenüber eine überaus ehrlose Gesinnung und verurteilte ihn zu einem Jahre drei Monaten Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und 200 Mark Geldstrafe oder noch 20 Tagen Zuchthaus. Da er in einer anderen Sache in Strafhaft sitzt, wurde in dieser Sache ein Haftbefehl gegen ihn erlassen.

Unverständliche Gesetze

Unter der Anklage des gewerbsmäßigen Wilderns hatte sich vor dem Einfachen Schöffengericht der Friseur Kurt Leber zu verantworten. Am 14. September v. Js. wurde im Kreise Neumarkt auf der Gemarkung zwischen Baudis und Meesendorf eine Treibjagd veranstaltet. Ein Stück abseits des Treibfeldes war Leber von einem Landjäger angetroffen worden. Leber wollte weglaufen, der Beamte rief ihm aber zu: „Hände hoch!" In den Taschen seiner Joppe fand er zwei Fangnetze. L. erklärte diesen Fund als ganz harmlos, er habe die beiden Netze vor langer Zeit im Walde gefunden und eingesteckt. Der Landjäger war aber der Ansicht, daß er hier einen Wilderer vor sich habe, der mit den Netzen Kaninchen oder vielleicht auch angeschossene Hasen, die von der Treibjagd abgeirrt waren, hatte fangen wollen. Der Landjäger hatte den Angeklagten auch im Verdacht, daß er in Gemeinschaft mit zwei jungen Leuten gewerbsmäßig wildere. Das ließ sich ihm aber nicht nachweisen, und so wurde er nur wegen unbefugter Jagdausübung verurteilt. Hierfür beantragte der Staatsanwalt 90 Mark Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis. Der Angeklagte machte geltend, daß er doch eine solche Strafe nicht bezahlen könne. Er verdient wöchentlich 6 Mark, er zahlt eine monatliche Miete von 23 Mark, hat Frau und drei Kinder. Das Gericht berücksichtigte bei Abmessung der Strafe diese schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse und verurteilte den Angeklagten nicht zu einer Geldstrafe, die er ja doch nicht bezahlen kann, sondern zu **zwei Wochen Gefängnis.** Die beschlagnahmten Fangnetze wurden eingezogen. Nun ist er mit zwei Wochen Gefängnis vorbestraft, aber es wurde ihm eine Bewährungsfrist bewilligt.

Es wäre auch fürchterlich gewesen, wenn sich der arme Proletarier einen von den Hasen geholt hätte, der den feudalen Jagdpächtern weggelaufen war. Die sogenannten Wildererparagraphen bedürfen entschieden einer Revision.

Kauft nur bei den Kunden unserer Zeitung!

Sicherung der Elektrizitätsversorgung

Die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hielt sich gestern abend durch zwei Sachverständige Vorträge über die Frage halten, wie in Zukunft die Elektrizitätsversorgung Breslaus zu sichern ist. Dr. Föhl von der Ruthsspeicher A.-G. in Berlin besprach die Frage der Errichtung von Ruthsspeichern im hiesigen Elektrizitätswerk, während Stadtverordneter Klambt-Waldenburg für den Anschluß an das Elektrizitätswerk Schlesien sprach. Es folgte dann eine längere Aussprache, in der alle Redner den ersteren Weg zu gehen rieten. Die Fraktion stellte sich einstimmig auf den Standpunkt, das eigene Werk durch Ruthsspeicher zu vervollständigen.

Alle Elektrizitätswerke arbeiten in gewissem Sinne unrationell, als der ganze Betrieb auf die höchstens zwei Stunden am Tage — etwa von 5 bis 7 Uhr abends, und zwar auch nur im Winter — eingestellt sein muß. In der ganzen übrigen Zeit liegen Kräfte und Kapitalien ungenutzt, da sich Elektrizität in großen Mengen nicht aufspeichern läßt, wie dies beim Gas der Fall ist. Nach einer Erfindung des schwedischen Ingenieurs Ruths läßt sich nun in der Zeit der geringen Inanspruchnahme eines Elektrizitätswerks Dampf aufspeichern, der in der Zeit der Spitzenleistung zum Antrieb einer Turbine benutzt wird. Leistungsfähigkeit und Rentabilität eines Werkes werden dadurch beträchtlich erhöht. Zugleich wird eine schwere Gefahrenquelle beseitigt, die in der Ueberlastung der Maschinen während der Spitzenleistung besteht. Fast alle Stromstörungen, soweit sie im Werk selbst ihre Ursache haben, fallen in diese Spitzenzeit.

Ueber einen Anschluß an das E.W. Schlesien liegt zur Zeit beim Magistrat ein völlig unannehmbarer Vertragsentwurf vor. Das Werk will die Panikstimmung ausnützen, die im vorigen Jahre durch zwei nacheinanderfolgenden Stromstörungen in manchen Kreisen entstand. In Wirklichkeit aber kommen Störungen in jedem Werk vor. Um in solchen Fällen „sicher" zu sein, soll eine Verbindung mit Tschechnitz hergestellt werden. Durch diese Verbindung soll die Stadt das ganze Jahr hindurch einen Teil ihres Strombedarfs beziehen. Und zwar regelmäßig, nicht etwa zur Deckung des Spitzenbedarfs. Die unrentable Spitzendeckung bleibt weiter Aufgabe des städtischen Werkes. Obendrein stellt sich der aus Tschechnitz bezogene Strom teurer, als der selbst erzeugte. Im Hinblick darauf, daß die Stadt zur Zeit nicht Millionen zur Erweiterung ihres eigenen Werkes aufwenden kann, glauben kapitalistische Kreise, die Situation gründlich für sich ausnützen zu können. **Es sei hier von vornherein auch nicht verschwiegen, daß auf dem Rathause Leute sitzen, die an dem Gedeihen des Tschechnitzer Werkes ein stark persönliches Interesse haben.** Darin liegt eine Gefahr, die die Breslauer Wähler bei der letzten Stadtverordnetenwahl zum Teil erst geschaffen, zum Teil vergrößert haben.

Zieht man beide gestern erörterten Möglichkeiten in Betracht, dann ergibt sich folgendes: Der Ruthsspeicher mit Turbine wird von der Ruths-A.-G. gebaut und von der Stadt verzinst und amortisiert. Die Verbindung mit E.-W. Schlesien käme ähnlich auf Kosten der Stadt zustande. In fünf Jahren ist die Stadt zinsfreie Eigentümerin der Ruthsspeicher, andererseits wäre die Stadt in fünf Jahren ärmer und das E.-W. Schlesien reicher geworden. Unter Umständen — und darauf wird spekuliert — frißt der Tschechnitzer kapitalistische Betrieb den Breslauer städtischen Betrieb auf. Werden Ruthsspeicher gebaut, dann haben Breslauer Metallarbeiter mit der Herstellung der Kessel eine Menge Beschäftigung, die Kabelverlegung nach Tschechnitz bedeutet dagegen so gut wie gar nichts.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat mit ihrer Beratung den Weg gewiesen, der im Interesse der Stadt, der Elektrizitätsverbraucher und der Arbeiterschaft liegt. Daß dieser einzig vernünftige Weg gegangen wird, erscheint nach dem Ausfall der letzten Wahl aber nicht sicher. Die augenblickliche Mehrheit ist der öffentlichen Wirtschaft feindlich und dient Privatinteressen um so tiefer, weil Leute unter ihr sind, die dabei ihren Vorteil suchen. Auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung der Stadt Breslau werden sich in nächster Zeit wahrscheinlich sehr harte Kämpfe abspielen. —f.

Die Breslauer Opernfrage

die wieder einmal durch zum Teil recht voreilige und falsche Meldungen bürgerlicher Blätter in das Licht der Oeffentlichkeit gerückt ist, veranlaßt das Städtische Presseamt zu folgenden Fest- und Richtigstellungen:

Bereits Anfang Januar dieses Jahres ist durch uns mitgeteilt worden, daß die Besprechung, die am 11. Januar von den Vertretern der Stadt Breslau mit dem Preußischen Kultusminister und dem Finanzminister geführt worden war, das Ergebnis gezeitigt hatte, daß der preußische Staat dazu beitragen wollte, eine Schließung der Breslauer Oper während der Spielzeit zu vermeiden.

Im einzelnen können unsere damaligen Ausführungen wie folgt ergänzt werden: Dem Finanzminister ist bei jener Besprechung vorgetragen worden, daß die Oper bis zum Ablauf des Etatsjahres, also bis zum 31. März, ein Defizit von 260 000 Mark haben werde, das abzudecken die Stadt außerstande sei. Der Finanzminister vertrat die Auffassung, daß unbedingt eine Schließung der Oper vor Ablauf der Spielzeit, also Juli 1930, vermieden werden müsse und fragte, wie stark der Zuschußbedarf für die Zeit vom 1. April bis zum Ablauf der Spielzeit sei. Dieser bedeutet einen sehr erheblichen Betrag, dessen Höhe sich daraus ergibt, daß ein Monat Urlaub mit zu zahlen ist und die Monate April bis Juni in der Hauptsache besonders ungünstige Spielmonate sind. Der Finanzminister erklärte, daß er natürlich außerstande sei, den Betrag von 260 000 Mark und den weiteren Zuschuß bis Ablauf der Spielzeit aus seinen Mitteln bereitzustellen, daß andere Stellen, insbesondere neben dem Preußischen Kultusminister auch das Reich, dazu beitragen müßten, die Erhaltung der Oper bis zum Ablauf der Spielzeit zu sichern. Der Finanzminister hat damals 100 000 Mark und im Februar weitere 60 000 Mark bereitgestellt. Eine Beteiligung des Reiches bei der Sicherung des Zuschußbedarfes ist nicht zu erreichen gewesen. Es ist also vollkommen abwegig, gerade dem Finanzminister den Vorwurf zu machen, daß er die Breslauer Oper im Stich gelassen habe.

Die „gnädige Frau" verurteilt

Wir haben kürzlich über das besondere Verhalten einer „Gnädigen" berichtet, das selbst im Rahmen der bunten Reihe von häuslichen Arbeitgeberinnen, die man bei der Hausangestelltenkammer des Arbeitsgerichts zu sehen schon gewohnt ist, ungewöhnlich erschien. Nun wurde nach einem Zwischenspiel in unserer Redaktion — der Fall in einer erneuten Verhandlung in einem Sinne erledigt, den die Beklagte nicht erwartet zu haben schien. Auch in dieser Verhandlung kamen recht liebliche Dinge zur Sprache. Da war zunächst auf Veranlassung der Frau Krotoschiner eine andere Hausfrau geladen worden, die bekunden sollte, daß sie einer der früher bei ihr tätigen Klägerinnen das Zeugnis nur so gut ausgefertigt habe, weil sie „Angst vor dem Mädchen hatte". Die Zeugin wies diese Unterstellung jedoch als unwahr zurück und erklärte, die Beklagte habe ihr Vertraulichkeit zugesichert, ihr Wort aber nicht gehalten. Eine andere Hausangestellte, die auch von der „gnädigen" Frau als Zeugin genannt war, ergänzte nur das Bild, daß die beiden Klägerinnen aus diesem Haushalt entrollt hatten. Sie hat, wie sie sagte, „Zuckerbrot" im Sinne des Wortes erhalten, d. h. sie bestreute sich das Brot mit etwas Zucker, damit sie es nicht ganz trocken zu essen brauchte. Merkwürdigerweise war die Beklagte vor der Verhandlung bei dieser Zeugin und versuchte in Gegenwart ihrer jetzigen Arbeitgeberin das Mädchen empfehlen zu lassen, was es aussagen werde. Aber die Hausfrau ließ sich auf diese „Verhandlung" nicht ein.

Eine merkwürdige Prozeßtaktik beliebte die Vertreterin vom Hausfrauenverein, die nach der Verhandlung und Beratung plötzlich entdeckte, daß eine Arbeitsrichterin die Frau des gewerkschaftlichen Vertreters der klagenden Hausangestellten sei, obwohl sie ihr seit langem bekannt ist und die Einwendung der angeblichen Befangenheit daher zu Anfang der Verhandlung gemacht werden konnte. An sich ist ja diese Begründung der Befangenheit auch grundsätzlich sehr fragwürdig, denn die eheliche Gemeinschaft und gemeinsame Zugehörigkeit zu einer Organisation macht einen Arbeitsrichter doch nicht mehr befangen, als er es es in seiner Eigenschaft als Parteienvertreter in gewissem Sinne immer ist. Wie dem auch sei, das Gericht gab dem Einwand statt, aber der Zweck der Uebung, das Hinausschieben des Prozesses, wurde vereitelt, weil im Zuschauerraum zufällig eine andere Arbeitsrichterin der Kammer anwesend war, welche einsprang, sodaß nach formaler Bestätigung der Anträge und erneuter Beratung **Frau Krotoschiner verurteilt wurde,** an die Klägerinnen 175 bzw. 125 Mark zu bezahlen. Die Widerklagen in Höhe von 59 und 32 Mark wurden, bis auf 6,50 Mark in einem Falle, zurückgewiesen. Um den Kern der Sache, die vertragswidrige unzulängliche Verpflegung und sonstige Behandlung ging das Gericht allerdings wohlweislich herum. Es stützte sich in seiner Entscheidung darauf, daß die Beklagte den Klägerinnen keine Zeugnisse ausgestellt hatte. Da dies zur Verurteilung ausreichend sei, wurde die Frage der Behandlung und Verpflegung unberücksichtigt gelassen, denn die Beweisaufnahme mit den sich entgegenstehenden Aussagen habe kein „klares Bild" ermöglicht.

Man fragte sich bei dieser Urteilsbegründung allerdings, warum es angesichts der ganz unbestrittenen Zeugnisverweigerung überhaupt einer so umfangreichen Beweisaufnahme bedurfte. Unerforschlich erscheint auch der Gradmesser, nach dem ein Beweis als erbracht angesehen wird.

Frau Krotoschiner ist übrigens sehr böse auf die „Volkswacht". Sie beehrte uns mit einem — für sie leider erfolglosen — Besuch, äußerte dann die löbliche Absicht, den Genossen Löbe zu Hilfe gegen unsere bösartige Berichterstattung zu rufen, zog aber schließlich vor, einen parteigenössischen Rechtsanwalt für eine Klage gegen uns in Anspruch nehmen zu wollen. Als sie aber auch hier auf unerwartete Schwierigkeiten stieß, nahm sie ihre Zuflucht zu einer bei uns inserierenden Firma, offenbar der merkwürdigen Auffassung, leichter wirtschaftlicher Druck würde uns daran hindern, für das Recht schlecht behandelter Hausgehilfinnen einzutreten bzw. wahrheitsgemäß von einer unser Leserkreis interessierenden Verhandlung des Arbeitsgerichts zu berichten.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat

Gewerkschaftshaus, Zimmer 167–170

Telefon-Nummern 50060–50061

Geöffnet außer Sonnabend von 8–1 und 4–7 Uhr

Abteilung Strehlener Tor. Donnerstag, den 27. März 1930, 20 Uhr, Funktionärsitzung bei Mehler, früher Lerche, Hubenstraße 95.

Abteilung Innere Stadt (Distrikte 10 und 34). Freitag, den 28. März, 20 Uhr, wichtige Abteilungsversammlung im Nußbaum, Vereinszimmer, Eingang Kupferschmiedestraße. Referent Genosse Erich Landsberg: 2. Vortrag vom Bezirksparteitag. Zahlreiches Erscheinen erforderlich.

Gewerkschafts- und Schöffenkursus. Der Kursus beginnt am Donnerstag, dem 3. April. Daran teilnehmen können alle interessierten Parteigenossen. Anmeldungen im Parteisekretariat, Zimmer 170, Gartenhaus.

Distrikt 4. Donnerstag, den 27. März, 20 Uhr, Sitzung der Funktionäre, Vertreter und Ersatzvertreter bei Koschig, Hullenstraße 13.

Jungsozialisten

Jugendvolksbühne. Diesen Donnerstag haben wir Vorstellung im Thaliatheater. Karten in den Gruppen abholen.

Gruppenobleute! Sorgt dafür, daß Sonntag 10 Uhr zur Zentralveranstaltung alle Genossen restlos erscheinen. Ort: Goldener Zepter, Schmiedebrücke.

Zu einer Radtour treffen wir uns Sonntag früh 8 Uhr am Königsplatz.

Gruppe Nikolaitor (Jugendheim Friedrich-Wilhelm-Straße 45). Heut spricht Genosse Kirstein über das Thema: „Der drohende Faschismus".

Gruppe Ohlauer Tor (Schule Brockauer Straße, Vorderhaus, 1. Stock). Ruth Aber spricht heut über: „Grundlagen der modernen Soziologie".

Gruppe Strehlener Tor-Gräbschen (SAJ.-Baracke an den Teichäckern). Heute spricht Genosse Herse über: „Die Aufgaben des Proletariats gegenüber der Literatur".

Gruppe Zimpel (Friedrich-Ebert-Schule). Heut um 20 Uhr kommen die Genossen und Gäste zu einer Besprechung zusammen. Thema: Organisatorisches und Arbeitsplan.

Gruppe Schettnig-Gandtzer-Obertor. Wir kommen Freitag um 20 Uhr in der Bendersschule am Lehmdamm zusammen. Thema wird noch bekannt gegeben.

Gäste sind in allen Gruppen willkommen!

Sozialistische Arbeiterjugend

Rote Falken III (Waterlooschule). Mittwoch: Politischer Aussprachabend. Donnerstag: Basteln.

Rote Falken IV. Donnerstag: „Die Moral in der Gesellschaft". Jane Simmel. Wir beginnen schon um 5/8 Uhr. Anschließend Probe zum Elternabend. Sonntag: Bunter Abend.

Rote Falken VII. Mittwoch Lichtbildervortrag.

Rote Falken VIII. Mittwoch: Gründungsversammlung.

Heim 1 (Musikgruppe). Alles heut 20 Uhr zu wichtiger Probe im Heim.

Spielmannszug Heim 2/4. Heut 20 Uhr Porckschule.

Heim 3. Ein interessanter Heimabend findet statt. Gäste haben keinen Zutritt.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

FGJ. Sonntag im Heim, Gewerkschaftshaus 20 Uhr, senden die Metallarbeiter die Tonbildfolge „Das Vaterland". Aufnahmen aus dem Kriege, Dichtung und Musik.

Bekleidungsarbeiterjugend. Freitag im Heim Gewerkschaftshaus ab 20 Uhr Brettspiele und Rundfunk. Leitung Hermann Hallisch.

Holzarbeiterjugend. Freitag ab 20 Uhr im Jugendheim Friedrich-Wilhelm-Straße 45, Fachabend.

Baugewerksjugend. Die Volksbühnenmitglieder müssen heute ihre Theaterkarten abholen.

Bund der Freidenkerjugend

Gruppe Nord. Heute 19½ Uhr haben wir im Heim Michaelisstraße 36 einen sehr interessanten Lichtbildervortrag. „Eisberge und Riesendampfer."

Gruppe Süd. Heute 20 Uhr im Heim Dorckschule „Lustiger Liederabend". Wir sind im Zeichensaal.

Gruppe Ost. Morgen, Donnerstag, haben wir einen Elternabend. Unsere Eltern sind hierzu herzlich eingeladen.

Von den Arbeiterkinderfreunden

Schulentlassene. Alle Schulentlassenen treffen sich heute 18 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gartenhaus. Da einige wichtige Dinge besprochen werden, ist es nötig, daß alle Kinder anwesend sind.

Abteilung 8 (Strehlener Tor). Rotfalken. Anstelle des am Sonntag ausgefallenen Gruppennachmittags sind wir dafür Donnerstag alle in der Gruppe, besonders alle Schulentlassenen müssen anwesend sein.

Abteilung 7 (Innere Stadt). Mittwoch: 5 bis 7 Uhr: Jung- und Rotfalken Basteln. Alle Rotfalken, die die Schule verlassen, gehen vom Heim aus ins Gewerkschaftshaus. Freitag 5 bis 7 Uhr: Rotfalken, Spiele. Rotfalken, die die Schule verlassen, sind um 6 Uhr auf dem Neumarkt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Geschäftsst. Breslau 1, Ohlauer Str. 66, II. / Tel. 50070

Ortsverein. Sonntag, den 6. April vormittags findet im Zirkus Busch eine große republikanische Kundgebung gegen den Faschismus statt. Redner: Kameraden General Körner, Wien, Führer des Oesterreichischen Schutzbundes. Ueberall jetzt schon auf diese Kundgebung hingewiesen werden.

Banner 4 (Wirth). Sonnabend, den 29. März ab 10 Uhr letzter Termin unseres Preisschießens. Nicht nur die Kameraden unseres Banners, sondern auch die der übrigen Banner können sich beteiligen.

Banner 5 (Herwegh). Heute, Mittwoch, 20 Uhr, bei Stannek, Neudorfstraße 99. Zug- und Gruppenführersitzung. Abrechnung.

Banner 11 (Reuter). Freitag, den 28. März, Zusammenkunft mit Zubehörigen bei Barinek, Mehlgasse 43.

Jungbanner OK (Dalmina). Heute, Mittwoch, 20 Uhr, bei Gärtsch, Lohestraße 13, Kameradschafts- und Werbeversammlung. Lichtbildervortrag Kameraden Kukielczynski.

Jungbanner West (Blum) Heute, Mittwoch, erscheinen die bestimmten Kameraden pünktlich 19,30 Uhr im Zimmer der Liegnitzer Schule.

Jungbanner Nord (Ebert). Heute, Mittwoch, 20 Uhr, erscheinen die Kameraden in unserem Heim. Musikinstrumente und Liederbücher sind mitzubringen.

Jungbanner Süd (Frank). Sonnabend, den 29. März, 20 Uhr, in der Silesia-Gaststätte, Friedrichstraße 11, Werbe- und Kameradschaftsversammlung. Lichtbildervortrag des Kameraden Rother.

Schutzsportler. Morgen, Donnerstag, 19,30 Uhr, Training sämtlicher Schutzsportler in der Liegnitzer Turnhalle.

Spielmannszug Ost. Morgen, Donnerstag, 20 Uhr, Ueben sämtlicher Spielleute in der Turnhalle des Elisabeth-Gymnasiums, Arletius- Ecke Matteiestraße.

Spielmannszug West. Morgen, Donnerstag, 20 Uhr, erscheinen sämtliche Kameraden mit Instrumenten in der Anderssenschule zum Ueben und einer wichtigen Besprechung.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Donnerstag und Freitag, 5 und 8 Uhr

Der Mann, der lacht

mit Conrad Veidt

Nachtgestalten

Nur ein Gassenmädel

Unblutige niedrige Preise! Jugend verboten!

Drei Geschäftseinbrecher festgenommen

Gestern verhaftete die Kriminalpolizei einen Fleischer aus Sacrau, sowie einen 84jährigen Glasmacher P. und den 24 Jahre alten Schneider S. aus Breslau. Die drei hatten in zwei aufeinanderfolgenden Nächten eine Konditorei in der Heilige Geiststraße und einen Fleischerladen in der Kaspothstraße heimgesucht und Wurst- und Backwaren im Werte von 800 Mark erbeutet. Ein Teil ihrer Beute konnte noch sichergestellt werden.

Gemeinschaftswarenhaus der Breslauer Kaufleute?

Zu einem in Deutschland einzigartig dastehenden Unternehmen sollen sich nach der Meldung eines schlesischen Korrespondenzbüros die Breslauer Kaufleute entschlossen haben. Zur Abwehr der immer drohender werdenden Konkurrenz der Warenhäuser soll ein großes Gemeinschaftswarenhaus in der Nähe des Hauptbahnhofes errichtet werden, in dem die Räumlichkeiten an die verschiedenen Branchen vermietet werden sollen. Der Zusammenschluß ist in Form einer G. m. b. H. gedacht. Jeder Kaufmann soll auf eigene Rechnung verkaufen und für den Verkaufsraum Miete zahlen. Die Spesen gehen zu Lasten aller.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Zur Abwechselung auf die Kulturfilme in den vergangenen Wochen gelangen diesesmal zwei größere Spielfilme zur Vorführung. Der eine mit Conrad Veit heißt „Der Mann, der lacht". Es ist eine Klowngeschichte und zwar eine von den traurigen, in denen Gaukler, um Geld zu verdienen, sich selbst oder ihre Kinder verstümmeln. Im Film sind die Zigeuner die schlechten Menschen, die solche Verstümmelungen ausführen, aber der Film zeigt, daß es dem verstümmelten Menschen nun gelingt, viel, viel Geld zu verdienen.

Der zweite: „Nachtgestalten", entführt uns nach London und zeigt das Leben des heruntergekommenen Proleten, der ziellos, sich von den Zufälligkeiten des Lebens treiben läßt. Diese Zufälligkeiten sind in diesem Filme eingefangen, sie zeigen, daß die Menschen nicht schlecht sind, sondern erst durch die Verhältnisse werden. Ein Gassenmädel hilft selbstlos und im Film wenigstens bleibt das glückliche Final nicht aus. Wie immer, sind die Vorführungen Donnerstag und Freitag. Erwerbslose zahlen 25 Pf. bis 17,30 Uhr.

Theater und Musik

10. Abonnements-Konzert

Zwei für die Gegenwart entscheidende Komponisten wurden zu Gehör gebracht. Artur Honegger vertrat mit dem Vorspiel „Der Sturm" das europäische, Paul Hindemith mit der „Kammermusik Nr. 5 das deutsche Musikschaffen. Honeggers „Sturm", von dem Komponisten selbst als Vorspiel zu Shakespeares gleichbenanntem literarischem Werk bezeichnet, mutet uns nicht fremdartig an, weil es mit klanglicher Vornehmheit geschrieben ist. Mit Shakespeares Lustspiel hat die Komposition jedoch recht wenig Beziehungen, obwohl der Titel durchaus programmatisch zu verstehen ist; dafür mehr mit der Vorstellung, die sich rein akustisch bei dem Hören des Wortes Sturm einstellt. Das kurze Vorspiel trägt die Merkmale einer eminenten Kompositionstechnik, einer differenzierten Harmonik und einer, wie schon bei „Rugby" und „Pacific" konstatierten ausgesprochenen Geräusch-Charakterisierungsbegabung. Mehr sollte nur noch mit mehr Fingerspitzengefühl an die Wiedergabe dieser Musik gehen und den Klang nicht unnötig durch zu grobe äußere Gestik verdicken, dann wäre uns eine ideale Wiedergabe garantiert. Unser Hauptinteresse lag bei Hindemiths Kammerkonzert Nr. 5, dem Bratschenkonzert, das hier ebenfalls, wie das vorhergehende Werk, zum ersten Male aufgeführt wurde. Wir haben in dem genannten Kammermusikwerk eine Versuchsarbeit des genialen Musikers vor uns, der der beweglichste und umfassendste Komponist unserer Zeit ist. Das Wort Konzert läßt Vorstellungen in unser Bewußtsein treten, die sich mit einem historischen Begriffe verbinden, aber durchaus nichts mit ihm zu tun haben. Wir finden keine rivalisierende Gegenüberstellung von Soloinstrument und Orchester, sondern stellen fest, daß die Bratsche nur ein Bestandteil des Gesamtklangkörpers ist, der Holz- und Blechbläser in der einen Gruppe, Celli und Contrabässe in der anderen aufweist. Die Violinen fehlen. Der erste Satz „schnelle Halbe" bekommt durch die Gedrängtheit und Kürze des thematischen Materials seine eindeutige Prägung. Um seiner inneren Logik willen sympathisieren wir mit dem phrasenlosen, ehrlichen Satz. In dem „langsamen" zweiten klingt etwas wie Gefühl, oder, wenn wir wollen, auch Seele durch, doch ist die Melodie in einen uns ungewohnten Tonraum projeziert, zu dem unser „altes Ohr" keine rechte Beziehung finden kann. Nach diesem Ruhepunkt folgt ein „mäßig schneller" Satz mit stark verästelter Thematik und einem feinsinnigen Wechselspiel zwischen Solo und Orchester auf stark umrissener rhythmischer Grundlage. Im Schlußsatz erscheint die „Variante eines Militärmarsches", womit der bayrische Avanciermarsch gemeint sein dürfte. In einer parodistisch anmutenden Verarbeitung liefert er das kompositionstechnische Substrat. Das Kräftespiel der Polyphonie, die Architektonik der Formen, die Rationalität der Mittel, das neue Gefühl zeigen Hindemith somit auch in dem Bratschenkonzert als den Mann, in dem sich die Synthese von stärkstem Gefühl und kultiviertestem Intellekt vollzieht. Das Werk umziehen allerdings Grenzen und geben ihm damit seine entsprechende Daseinsgeltung. Hermann Behr hatte den orchestralen Teil mit Liebe vorbereitet und die Klanggruppen in ein ausgewogenes Verhältnis zueinander gesetzt. Er konnte den ehrlichen Dank des Komponisten entgegennehmen, der den Solopart selbst spielte. Wer hätte es auch sonst gekonnt? Er ist nicht nur der größte Bratschist Deutschlands, sondern der ganzen Welt. Der Komponist bürgte für eine authentische Wiedergabe und meisterte das unerhört schwierige Werk als Könner und Künstler. Zu Honegger und Hindemith, Milhaud, Strawinsky und Bartok konfrontiert, hätte einen geschlosseneren Abend gegeben. Behr erdrückte mit der gut ausgefeilten einstündigen Eroica von Beethoven aber das Vorangegangene. p—t.

„Mit Dr. Bürger ist alles besprochen —"

Nicht der Elternbeirat, sondern die Zentrumspartei macht die Personalpolitik in katholischen Schulen

Im „Volksfreund", dem sozialdemokratischen Organ für die Grenzkreise rechts der Oder, lesen wir:

Infolge der Zusammenlegung der katholischen Stadt- und Landschule in Groß-Wartenberg entsteht in Groß-Wartenberg aus zwei Zwergschulsystemen ein siebenklassiges katholisches Volksschulsystem, so daß die Anstellung eines Rektors und eines Konrektors erfolgen muß.

Der Vorsitzende des Elternbeirates der katholischen Stadtschule, Rechtsanwalt Dr. Schippan, aber lehnte es trotz mehrfacher Aufforderung ab, eine Sitzung des Elternbeirates einzuberufen. Es ist doch wohl selbstverständlich, daß der Elternbeirat ein starkes Interesse an der Besetzung hat und damit das Recht und die Pflicht, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Herr Dr. Schippan, der zugleich Vorsitzender der Zentrumspartei ist, erklärte aber einem Mitgliede des Elternbeirates, daß eine Sitzung und Stellungnahme des Elternbeirates überflüssig sei. Er sagte: „Es kommt für die Rektorstelle niemand anders in Frage als der Lehrer Bininda aus Kammerau und als Konrektor der Hauptlehrere Preßler von der katholischen Landschule. Die Lehrer Buhl und Artelt, die an der Schule tätig sind, **kommen gar nicht in Frage, weil sie Sozialdemokraten sind.** Da ist in Breslau bei der Regierung ein Dr. Bürger, mit dem habe ich das alles schon besprochen. Sobald die Zusammenlegung erfolgt, brauche ich ihm bloß einen kleinen Wink zu geben und er tut, was ich wünsche".

* * *

Dr. Bürger ist, das wird unseren Lesern sicher bekannt sein, Regierungsdirektor, Leiter der Schulabteilung der Bezirksregierung Breslau und Bezirksvorsitzender der Zentrumspartei. Es wäre immerhin interessant zu erfahren, was er zu der vom „Volksfreund" wiedergegebenen Aeußerung seines Parteifreundes zu sagen hat.

Sprengunglück in Grünberg

Ein Toter, ein Schwerverletzter

In der Lehmgrube der Ziegelei Klopsch ereignete sich in den gestrigen Vormittagsstunden ein schwerer Unglücksfall. In der Ziegelei war man mit der Sprengung von Lehmmassen beschäftigt. Die Sprengungen wurden vom Ziegeleimeister Walz, der im Besitz eines Sprengerlaubnisscheines ist, vorgenommen. Nachdem vier Sprengungen ohne jeden Unfall glatt vonstatten gegangen waren, blieb bei der fünften die Detonation aus. Es wurde darauf neben der nicht zur Entzündung gelangten Sprengung eine neue angelegt, die von Erfolg war. Während der Sprengung befanden sich der Besitzer der Ziegelei, Ernst Klopsch und seine Arbeiter, in Deckung. Nach der letzten Sprengung wurden die Aufräumungsarbeiten vorgenommen. Man war wohl der Ansicht, daß die versagte Sprengung mit zur Explosion gelangt sei. Dies war nicht der Fall. **Während der Besitzer und die Arbeiter in der Grube mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt waren, explodierte die Ladung und verwundete den 37jährigen Besitzer so schwer, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Er wurde etwa sieben Meter von der Sprengstelle fortgeschleudert. Der Ziegeleimeister Walz wurde schwer verletzt und mit dem Sanitätsauto in eine Klinik geschafft.**

Das Grubenunglück auf der Friedens-Hoffnung-Grube

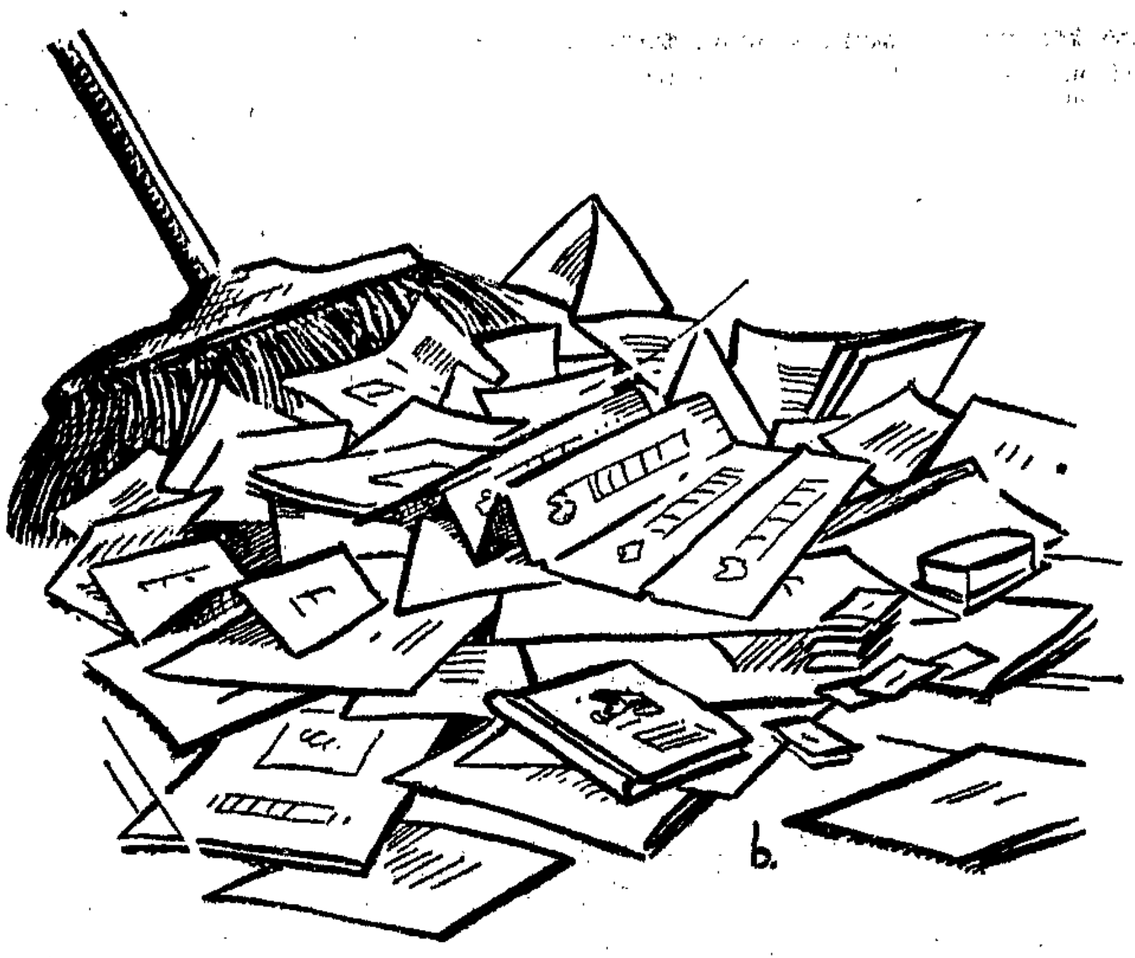
Das große Grubenunglück auf der Friedens-Hoffnung-Grube im Sommer vorigen Jahres wird nunmehr ein gerichtliches Nachspiel haben. Es schwebte zunächst das Verfahren wegen fahrlässiger Tötung usw. gegen acht Personen. Jetzt hat die dritte Strafkammer des Landgerichts in Schweidnitz auch gegen den Bergwerksdirektor Richard Benninghoff in Nieder-Hermsdorf das Hauptverfahren gemäß der Anklage eröffnet. Die Hauptverhandlung gegen alle neun Angeklagten wird voraussichtlich am 9. April vor dem Erweiterten Schöffengericht in Waldenburg stattfinden.

Hirschberg. Sich selbst den Bauch aufgeschlitzt. In Schömberg hat sich eine 52jährige Frau, die wegen eines Bruchleidens unerträgliche Schmerzen litt, selbst mit einem gewöhnlichen Küchenmesser den Bauch aufgeschlitzt, sodaß die Eingeweide heraustraten. Die Frau wurde bei vollem Bewußtsein aufgefunden und ins Krankenhaus gebracht. Ihr Zustand ist hoffnungslos.

Schweidnitz. Radauszene im Arbeitshause. Durch einige angetrunkene Insassen des Arbeitshauses kam es hier zu Ausschreitungen. Ein auf Außenarbeit befindlicher Häftling hatte es verstanden, größere Quanten von Spiritus mit einzuschmuggeln. Fünf Häftlingen, die gemeinsam davon getrunken hatten, stieg nun der Alkohol zu Kopfe. Sie zertrümmerten die Fensterscheiben im Schlafsaal, schlugen die Einrichtungsgegenstände in Stücke und verbarrikadierten die Türen mit Tischen, Bettstellen und den Trümmern der zerschlagenen Möbelstücke, um dem Wachtpersonal den Zugang zu versperren. Erst nach längerer Zeit gelang es den Beamten, die Hindernisse zu beseitigen und dem ohrenbetäubenden Lärm der Arbeitshäusler, den diese hinter ihren Barrikaden vollführt hatten, ein Ende zu bereiten.

Waldenburg. Der Schwindel-Herzog beruft. Der wegen seiner raffinierten Hochstapeleien zu vier Jahren Gefängnis verurteilte angebliche Schriftsteller Willi, „Salvator" Hillebrand-Pearson hat Berufung gegen das Urteil des Schöffengerichts eingelegt. Von der Staatsanwaltschaft ist daraufhin ebenfalls Berufung eingelegt worden, da nach ihrer Auffassung auf Zuchthaus zu erkennen war. Aus dem Gefängnis heraus beschäftigt Hillebrand im übrigen weiter die Behörden. So geht er in immer neuen Schreiben gegen die unbequemen Belastungszeugen vor, indem er sie aller möglichen Dinge bezichtigt. Der bisherige Verteidiger des Hillebrand hat es abgelehnt, in der Berufungsverhandlung nochmals für ihn tätig zu sein.

Sosnowiec. Wegen Wechselschiebungen wurden hier der Direktor, der Aufsichtsratsvorsitzende und fast die Hälfte der Personals der Bank Ludowy verhaftet.



Soll das das Schicksal Ihrer Drucksachen sein?

Dann doch lieber gleich das bare Geld auf den Kehrichthaufen werfen; es wird dadurch ein großer Umweg erspart. Führen Sie eine genaue Erfolgsstatistik über ihren Drucksachenversand? Sind Sie mit den Verkaufserfolgen nicht zufrieden, gestatten Sie uns bitte, Sie mit den Volkswacht-Drucken bekannt zu machen. Der initiative Geist einer überaus regen, modernen Druckerei arbeitet dann für Sie, gibt Ihren Drucksachen das Gepräge einer fortschrittlichen Überlegenheit. Jedes Erzeugnis unserer Druckerei stellt eine Bestleistung dar, jedes Objekt wird gleich sorgfältig behandelt, auch dem kleinsten Auftrag wird jene Aufmerksamkeit geschenkt, die als erste Vorbedingung für ein Gelingen gilt.

Keinerlei Kosten sind damit verknüpft, wenn Sie bei der Vergebung Ihrer nächsten Werbedrucke einmal den unverbindlichen, objektiven Vorschlag eines Fachmannes der Volkswacht-Druckerei einholen.

„Volkswacht"-Buchdruckerei und Verlag

Aus der Umgebung

Bettlern. Eingangs der letzten Gemeinde-Vertreitersitzung gedachte Genosse Wutke des verstorbenen Gutsinspektor Herkner. Die Anwesenden erhoben sich von den Plätzen. An seine Stelle wurde der Besitzer H. Dambor in die Gemeindevertretung eingeführt und verpflichtet. — In den katholischen Schulvorstand wurde der Genosse Herzog neugewählt. — Das Wohnungsmangelgesetz wird in der Gemeinde weiter aufrecht erhalten. — Bei einem Antrage: die Reparaturkosten des Gemeindebrunnens zu zwei Drittel den drei Anliegern und zu einem Drittel der Gemeindekasse aufzuerlegen, kam es zu einer heftigen Debatte zwischen Bürgerlichen und Arbeitervertretern. — Zum stellvertretenden Gemeindevorsteher wurde der erste Schöffe, Genosse Schöps gewählt. — Bei der Wahl von zwei Kassenrevisoren stellte der frühere Gemeindevorsteher den Antrag, beide Schöffen wieder als Revisoren zu wählen, da es früher immer so gewesen sei. Der wirkliche Grund aber dürfte wohl in dem Umstand zu suchen sein, daß wir einen bürgerlichen zweiten Schöffen haben. Mit 7 gegen 5 Stimmen wurden darauf die Genossen Schöps und Schröter als Revisoren gewählt. Diesen Beschluß erkannte der frühere Gemeindevorsteher nicht an. Er mußte sich vom Genossen Wutke belehren lassen, daß der Kreisausschuß die zuständige Instanz für derartige Beschwerden sei. — Bei „Verschiedenem" wurde den Gemeindevertretern, die durch Teilnahme an den Vertretersitzungen Lohnausfall haben, eine dem Arbeitsverdienst entsprechende Entschädigung aus der Gemeindekasse bewilligt.

Bettlern. Teilkommunalkonferenz. Am Sonntag, den 30. März, findet eine Teilkommunalkonferenz in Bettlern, vormittags 9 Uhr, im Lokal Knichalla statt. Redner ist Amts- und Gemeindevorsteher R. Münchenberger aus Schottwitz. Wir bitten, daß die Gemeindevertreter und alle an der Kommunalpolitik interessierten Genossen aus Bettlern und Umgegend zahlreich an dieser Konferenz teilnehmen.

Kattern. Aus der Gemeinde. In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde zuerst ein Antrag der Siedler auf Erlaß der Gemeinde-Zuschläge zur Grundvermögenssteuer, solange die Staatssteuer ruht, einstimmig abgelehnt. Bezüglich der Wohnungskommission wurde mit 7 gegen 4 Stimmen beschlossen, die alte Kommission bestehen zu lassen, um bei eventuellen Streitigkeiten eingreifen zu können. — Die bürgerlichen Vertreter des Fürsorgeausschusses hatten bekanntlich ihr Amt mit einem Sozialdemokraten niedergelegt wegen Unstimmigkeit. Der betreffende Genosse wurde herausgewählt. — Zum Vorsitzenden des Fürsorgeausschusses wurde Herr Elsner vom Zentrum mit 10 Stimmen gewählt. — Weiter wurde die Verrohrung der Gräben innerhalb des Dorfes beschlossen. — Der Nachtragsetat zur Wohlfahrtspflege wurde genehmigt. — Die Reinigung der Straße innerhalb des Dorfes wurde dem Kreise übertragen. — Bei der Beratung über den Verkauf eines Stück der Dorfaue an den Fleischermeister Kummer, kam es zu keinem positiven Beschluß. Es wurde K. eine Frist gestellt, sich bis 15. April zu äußern. — Die Anschaffung einer Kontrolluhr wurde zurückgestellt.

Lanisch. Filmveranstaltung. Freitag, den 28. März, 20 Uhr, Filmveranstaltung. Gezeigt werden vier interessante Filme. Wir erwarten guten Besuch auch aus der Umgegend.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170—176
Telephon 59060, 59061
Geöffnet von 8—17 und 18—19 Uhr

Rothsürben. Am Freitag, dem 28. März, 19 Uhr, im Lokal Scholz: Mitgliederversammlung. Rednerin: Genossin Bochnig.

Klettendorf. Sozialistische Arbeiter-Jugend. Heute Mittwoch, 20 Uhr, in der Turnhalle: Schallplattenkonzert.

Woischwitz. Donnerstag, den 27. März, 20 Uhr, bei Jäschke: Oeffentliche Versammlung. Redner: E. Fränkel-Breslau.

Wildschütz. Donnerstag, den 27. März, 20 Uhr, bei Graß: Oeffentliche Versammlung. Redner: Parteisekretär Genosse Schiffer.

Maserwitz. Donnerstag, den 27. März, 20 Uhr, bei Peche: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Fritsch-Schmolz.

Breslauer Produktenbörse vom 25. März 1930

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 25. März 1930 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung nur für Kartoffeln ist der Erzeugerpreis frachtfrei Breslau in vollen Wagenladungen
Tendenz: Getreide: Unregelmäßig. — Mehl: Ruhig. — Hülsenfrüchte: Gefragt. — Rauhfutter: Stroh etwas gefragt. — Futtermittel: Fest.

Tägliche Amtliche Notierungen (100 kg)

Getreide:	25.	24.
Weizen* 75,5 kg Eff.-G. min. p.hl.	24.50	24.00
Roggen* 71,2 kg	14.60	14.80
Hafer, mittlerer Art u. Güte neu	12.00	11.80
Braugerste, feinste.	—	—
Braugerste, gute	17.00	17.00
Sommergerste, mittl. Art u. Güte	14.60	14.60
Wintergerste mittl. Art und Güte	13.80	13.50

Bei dem Verkauf ab Verladestation ermäßigt sich der Preis im allgemeinen um die Fracht von der Verladestation.
*) Mittlerer Art und Güte.

Amtliche Notierungen für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg)

	25.	24		25.	24
Weizenmehl	34.75	35.00	Auszugmehl	40.75	41.00
Roggenmehl* . . .	21.75	21.75			

* 65% Roggenmehl 1 Rmk. teurer, 60% 2 Rmk. teurer.
Feinere Sorten werden höher bezahlt.

Hülsenfrüchte (je 100 kg)
mittlerer Art und Güte der letzten Ernte.

	25.	21.		25.	21.
Viktoriaerbsen	21.00-26.00	21.00-26.00	Pferdebohnen	19.00-20.00	19.00-20.00
Gelb. Mittelerbs.	—	—	Wicken	20.00-22.00	20.00-22.00
kl. gelbe Erbsen	—	—	Peluschken . . .	20.00-22.00	20.00-21.00
grüne Erbsen .	21.00-23.00	21.00-23.00	Lupin. gelb. . .	15.50-16.50	15.00-16.00
Futtererbsen . .	—	—	Lupin. blau . .	13.50-14.50	13.00-14.00
weiße Bohnen	—	—			

Bessere Sorten entsprechend höher.

Rauhfutter: p. 50 kg	25	21		25	21
R. u. W.-Drahtpreßstr.	1.15	1.15	geb. Gerst. u. Haf. St	—	—
R. u. W.-Bindepreßstr.	0.85	0.85	Roggen-Str., Breitdr.	1.50	1.50
G.- u. H.-Drahtpreßstr.	1.00	1.00	Roggen-Str., Flegeldr.	—	—
G.- u. H.-Bindepreßstr.	0.85	0.85	Heu, gesund, trocken . . .	2.50	2.50
geb. Weiz.- u. R.-Str.	—	—	Heu, gut, gesund, trocken	2.90	—

Futtermittel.

	25.	21		25.	21.
Weizenkleie . .	8.50-10.00	8.50-10.00	Biertreber . . .	8.25-9.25	8.00-9.00
Roggenkleie . .	8.25-9.25	7.50-8.50	Malzkeime . . .	7.50-8.50	7.25-8.25
Gerstenkleie . .	9.00-11.00	8.50-10.50	Trockenschnitzel	7.25-7.75	7.25-7.75
Leinkuch. 36%	17.00-18.00	16.75-17.75	Weizenkleie-melasse *)ca.	—	—
Rapskuch. 30%	12.75-14.75	12.75-14.75	Biertreber-melasse *)ca.	—	—
Palmk. R. 20%	14.25-15.25	14.25-15.25	Palmkern-melasse *)ca.	—	—
Sojamk. 46%	—	—	Torfmelasse *)ca.	—	—
Dt. Kokoskuchen 20%	16.00-17.00	16.00-17.00	Futter-Kalk	14.00-16.00	13.75-14.75
Erdn. Palmk. Expt 10%	15.50-16.50	15.50-16.50	Erd Sonnenblumenkuchen ca. 44%	15.50-16.50	15.25-16.25
Reisfuttermehl	9.00-10.00	9.00-10.00			

Kartoffelflocken 13.75—14.75, Sonnenblumenkuchen 40% 12.00—13.00, Erdnußkuchen 50% 16.75—17.75.

Kleine Breslauer Nachrichten

* **Arbeiter-Sänger-Bund.** Der Chorführerkursus findet am Sonntag, den 30. März, statt.

* **Renten-Auszahlung am Postamt 10.** Vom 1. April an werden die Renten aus der Sozialversicherung (Invaliden- und Unfallrenten) am ersten Werktage jedes Monats für den Bezirk des Postamts 10 (Matthiasstraße, Ecke Herzogstraße) nicht mehr im großen Saale des Schießwerders, sondern im Bergkeller-Saale Kletschkaustraße 33, ausgezahlt. An den übrigen Tagen findet die Zahlung der Renten nach wie vor in den Räumen des Postamts 10 statt.

* **Die Entlassungsfeier der Sammelschule 1** findet Sonntag, den 30. März, im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Einlaß ½17 Uhr, Beginn 17 Uhr. Alle Eltern und Freunde der der Schule und Bewegung sind hiermit herzlichst dazu eingeladen.

* **Die Zeitkarten der städtischen Straßenbahn** für den Monat April werden in den bekannten Verkaufsstellen und zu den üblichen Tageszeiten verkauft. Am Montag, dem 31. März und Dienstag, den 1. April 1930 sind die Verkaufsstellen Elisabethstr. 4 und Lessingplatz 3 von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Studenten-, Schüler- und Lehrlingskarten werden nur in den Verkaufsstellen Elisabethstraße 4 und Lessingplatz 3 für das neue Rechnungsjahr ausgestellt. Dabei sind die Berechtigungsausweise der Sammleitung vorzulegen. Antragsvordrucke werden schon jetzt in den oben bezeichneten Verkaufsstellen ausgegeben.

* **Schlaganfall einer unbekannten Frau.** Vorgestern nachmittag erlitt auf dem Königsplatz eine unbekannte Frau im Alter von 60 bis 70 Jahren einen Schlaganfall. Sie wurde in das Allerheiligen-Hospital eingeliefert und liegt dort noch immer ohne Besinnung. Die Frau hatte eine große, schwarze Lederhandtasche bei sich, die Taschentücher mit dem Monogramm R. L. enthielt. Angaben über die Persönlichkeit der Frau erbittet die Kriminalpolizei.

* **Entgleiste Straßenbahn.** In der Kaiser-Wilhelm-Straße unweit der Schenkendorfstraße entgleiste heute früh ein Straßenbahnzug der Linie 3, wobei jedoch kein Schaden entstand. Der Verkehr zwischen Südpark und Reichspräsidentenplatz mußte eingleisig durchgeführt werden, bis es gegen sieben Uhr gelang, den Wagen wieder in die Schienen zu bringen.

Arbeiter-Sport

Ausscheidungsspiel der Gruppe Ost im Handball

7. Abteilung — 6. Abteilung: Gablplatz Ganbau

Am kommenden Sonntag findet das mit größter Spannung erwartete Ausscheidungsspiel der Gruppe Ost statt. Die Gegner sind gleichwertig. Jede Mannschaft verfügt über gutes Spielermaterial, welches schon in Städte- und Auswahlmannschaften den Bezirk vertreten mußte. In folgender Aufstellung werden die Mannschaften antreten:

6. Abteilung: rote Hose, schwarz-gelbes Hemd. Tormann: Schönfeld W.; Verteidiger: Jüttner O., Müller; Läuferreihe: Melrich, Schönfeld E., Sabsog; Stürmerreihe: Jäkel, Schönfeld A., Gluche, Jüttner A., Abel.

7. Abteilung: grüne Hose, weißes Hemd, Tormann: Klose; Verteidiger: Gnieser E., Herzka; Läuferreihe: Spaniol, Witt, Fredrich; Stürmerreihe: Metschke, Kindler, Gnieser Paul, Wurth Franz, Wurth Walter.

Die volkstümlichen Eintrittspreise von 40 Pf. für Erwachsene, Erwerbslose und Jugend 20 Pf werden es einem jeden Handballanhänger ermöglichen, sich dieses Spiel nicht entgehen zu lassen.

Vorher wird die Bezirksmeisterschaft der Jugend ausgetragen. Auch hier sind 7. Abteilung — 6. Abteilung die Gegner. Das Spiel der Jugend steigt um 15 Uhr, das der Männer um 16.10 Uhr. — Ab Mittag 12 Uhr Spielverbot.

Freie Turnerschaft Breslau E. V.

10. Männer- und 8. Frauen-Jugend. Der Heimabend fällt heut aus. Wir gehen alle in die Sportlerversammlung im Gewerkschaftshaus.

Handball

Sonntag fällt das Spiel Mochbern II — Nordost II aus.

Wassersport

Freie Rudervereinigung Breslau E. V. Sonntag, 30. März, 9 Uhr, im Bootshause: Zusammenkunft der Bootsabnahmekommission. — Jugendabteilung. Funktionärversammlung erst morgen, Donnerstag, 19 Uhr: Cecilienschule. — Sonntag Arbeitsdienst.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten.)

Das neue Störungszentrum 16 A ruft gegenwärtig an den nördlichen Küsten der Nordsee verbreitete Stürme hervor. Sein Kurs ist südostwärts gerichtet. Auch die Witterung Mitteleuropas dürfte daher durch diese Störung beeinflußt werden.

Aussichten für das schlesische Flachland und die schlesischen Mittelgebirge:

Auffrischender südwestlicher, später nach West drehender Wind, vorübergehende Aufheiterung, später wieder Bewölkung und einzelne Niederschläge, zunächst etwas milder.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

Stark auffrischender West, wechselnd bewölkt, später einzelne Schneefälle, leichter Frost.

Sonnenaufgang: 5,52 Uhr, Sonnenuntergang: 18,21 Uhr.

Wasserstand

	26. 3.	25. 3.		26. 3.	25. 3.
Ratibor	2.72	2.90	Ransern (Unter-Pegel)	3.78	4.48
Neisse (Stadt)	—0.28	-0.30	Dyhernfurth	3.06	3.67
Neissemündung (Unt.-Pegel)	2.45	2.70	Abflußmenge (sekundlich	2.62	3.20
Brieg (Mastenkran)	3.31	3.44	Fürstenberg v. 25. 3.	+1.22	
Treschen	— 1.88	2.31	Wasserwärme + 7°.		

Geschäftliches

Ein vorzüglicher Schutz für Kraftrad- und Radfahrer gegen Abrutschen des Rades ist und bleibt eine Qualitätsbereifung, auf deren Zuverlässigkeit er sich auf seinen Fahrten auch auf schlechten und nassen Straßen verlassen kann. Die Zeit ist nicht mehr fern, dann wird das Kraftrad für Wanderfahrten wieder hergerichtet und der, der sich eine Maschine noch nicht leisten konnte, bringt sein Stahlroß in Ordnung. Da wird es interessieren, daß die Continental-Gummi-Werke jetzt zum Saisonbeginn verschiedene neue Laufdecken-Ausführungen herausgebracht haben. Continental-Reifen für Auto, Kraftrad und Fahrrad sind bekannt und werden wegen ihrer erprobten Qualität und vorzüglichen Haltbarkeit stets bevorzugt. Wer sicher und ohne Panne fahren will, wird nur Erzeugnisse unserer größten Deutschen Reifenfabrik, der Continental, fahren.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Familien-Anzeigen

Am 25. März verschied plötzlich und unerwartet infolge Herzschlags mein lieber, guter Mann, Bruder, Onkel und Schwager, der

Tischler

Rudolf Milde

im Alter von 44 Jahren.

Breslau, Berlin, Bremen, 26. März
Tauentzienplatz 1

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Marie Milde
geb. **Helmann**

7269

Einäscherung: Freitag, den 28. März, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Gräbschen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Am 25. März verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Tischler**

Rudolf Milde

im Alter von 44 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Einäscherung Freitag, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium in Gräbschen. 1169

Am 25. März 1930 verschied unser langjähriges Mitglied, der **Tischler**

Rudolf Milde

im Alter von 44 Jahren. 1171

Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Groß-Breslau.

Einäscherung: Freitag, 28. März, nachm. 2 Uhr, im Krematorium Gräbschen.

Trauerhaus: Tauentzien-Platz 1. **Distrikt 1.**

Am 24. März verschied plötzlich und unerwartet infolge Herzschlags mein lieber, treuer Mann, unser guter Bruder, Schwager und Onkel

Paul Torke

im Alter von 51 Jahren.

Breslau, den 26. März 1930
Sandstraße 2

Die tieftrauernde Gattin
Martha Torke geb. Tschuepe

Beerdigung Sonnabend, 29. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle III (Krematorium) des Friedhofes in Gräbschen. 9017

Am 24. März 1930 verschied unser Mitglied, der **Lackierer** 1170

Paul Torke

im Alter von 51 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Groß-Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, 29. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle (Krematorium) Gräbschen.

Trauerhaus: Sandstr. 2. **Distrikt 34.**

Am 22. März starb an Herzkrankheit der

Polizeihauptwachtmeister des Polizeigefängnisses

Erich Weigelt

Seine Pflichttreue und seine ehrenwerte Gesinnung sichern ihm ein bleibendes Andenken. 1176

Breslau, den 24. März 1930.

Der Polizeipräsident
die Beamten, Angestellten u. Arbeiter des Polizeipräsidiums

Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher

Am Montag, den 24. März starb plötzlich infolge Herzschlags unser langjähriger, guter Kollege, der

Maler

Paul Torke

im Alter von 51 Jahren.

Er war einer unserer rührigsten Mitarbeiter der Organisation, der immer in vorderer Linie gestanden hat. Sein Ableben ist für uns ein schwerer Verlust.

Sein Andenken werden in Ehren halten

Die Mitglieder der Filiale Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, nachm. 15 Uhr, von der Halle des Krematoriums in Gräbschen.

Um recht rege Beteiligung wird gebeten.

Am 22. März, früh 4½ Uhr, verschied nach kurzem aber schwerem Leiden unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der **Werkzeugschlosser**

Rudolf Sternitzke

im Alter von 65 Jahren. 50 Str.

In tiefer Trauer

Martha Jarausch
geb. Sternitzke, als Schwester und Anverwandten.

Die Einäscherung erfolgt Freitag, 28. März, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gräbschen.

Bei **Schlaflosigkeit** und **Nervosität** sowie bei nervösen Magen- und Herzbeschwerden wirken beruhigend und kräftigend

Fünffache Baldrian-Tropfen

Nur echt mit gesetzlich geschütztem Namen **Pontavalin**

Hygiena-Apotheke 876

Breslau, Tauentzienstraße 21, Ecke Grünstraße.

Nehmen Sie keine minderwertigen Nachahmungen!

HAPAG

SÜDAMERIKADIENST

DAMPFER: „BADEN" „BAYERN" „WÜRTTEMBERG"
und
die neuen Mittelklassen-Schiffe:
„GENERAL OSORIO"
„GENERAL SAN MARTIN"
„GENERAL ARTIGAS"

Reisen Sie auch nach Südamerika mit der Hapag! Ihre Schiffe bieten schnelle Beförderung, vollkommene Sicherheit und behagliche Räume zu Fahrpreisen, die den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen.

HAMBURG-AMERIKA LINIE

Breslau, Gartenstr. 60, Fernsprecher Nr. 54651, und
Hermann Martin, Ecke Ring, Schweidnitzer Straße
Vertretungen an allen größeren Plätzen Schlesiens

Inserate erzielen in dieser Zeitung größten Erfolg!

Letzter

Zuschneidekursus

Maurer's bekannte Zuschneideschule
beginnt in

Breslau St. Vinzenzhaus Seminargasse

am Donnerstag, den 3. April, einen nochmaligen mehrwöchigen Schnittzeichen- und Zuschneidekursus für **Beruf und Hausbedarf in Herrenmoden, Damenschneiderei und Wäsche nach neuesten Moden.** Zahlungserleichterung! Tages- und Abendkurse. Die Teilnehmer erhalten das Abschlußzeugnis meiner altbekannten Berliner Fachlehranstalt. Auskunft und Anmeldung täglich 11—1 und 5—7 Uhr, Breslau, Ohlauufer 24, part., rechts

Privat-Zuschneideschule
Heinrich Mauser
Berlin, Alexanderplatz

Die **„Frauenwelt"** den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!

Frauenwelt

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis **35** Pf. Zu bestellen bei allen Zeitungsträgern

Für die Zeit vom **24.** April 1930 bis Ostern 1931 soll die Lieferung des Bedarfs von

a) dauerpasteurisierter Vollmilch für die Breslauer Schulen in ¼-Liter-Flaschen,
b) tiefgekühlter Vollmilch für den Küchenbedarf

vergeben werden.

Die Lieferungsbedingungen sind gegen Zahlung von 1.— RM beim Städt. Jugendamt, Ohlauer Str. 44 zu beziehen.

Verschlossene Angebote mit der Aufschrift: „Milchlieferung für die Kinderspeisungen" sind bis zum 8. April 1930 beim unterzeichneten Amt abzugeben. Die Angebote müssen die Erklärung enthalten, daß der Bieter sich den Vertragsbedingungen unterwirft und Vereinbarungen wegen der Preisbildung mit Firmen, die ebenfalls Angebote zu dieser Ausschreibung abgeben, nicht getroffen hat.

Städtisches Jugendamt. 1160

Garderobenschrank

160 breit, mit Wäscheteil und Spiegel, Nußbaum poliert, äußerst preiswert zu verkauf. **Tischlerei Fürstenstraße 6.**

Nach schiedsmännischem Vergleich nehme ich die für meine Schwester **Frau Martha Buchwald** beleidigende Aeußerung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und leiste Abbitte. 1101

Frau Klara Gürtler
Jägerstraße 6.

Wohnungen

Ledige mit Kind sucht Schlafstelle

Offerten m. Preisangabe unt. **A. 941** an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Kleine Anzeigen

sind kompreß gesetzte einspaltige Anzeigen von Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. **nur von Privaten.** Wort 3 Pfennige, fett 4 Pfennige

Vierrädrigen Handwagen verkauft billig Sperling, Adalbertstraße 10, I. 7260

Runder Tisch, massiv helleiche, Platte 90 cm, runder Korbtisch, Eichenplatte 75 cm, ell. **Gartenklapptisch,** Holzplatte 85×57 cm, großes ovales **Waschschaff,** diverse **Oelgemälde,** wegen Platzmangel sehr preiswert abzugeben. **Brand,** Friesenstraße 37, III.

Motorrad, 196 ccm, guter Läufer, 100 RM., **Fahrrad** 20 Mk., verk. Ufersir. 28, III., r.

Kinderwagen, gut erhalten, verkauft Willy Widera, Pöpelwitzstraße 2. 48

Moderner tiefer Kinderwagen billig zu verkaufen. Geduldig, Hildebrandtstraße 10, III.